

de



Europäische Union
Regionalpolitik

info regio

| Nr. 24 | Dezember 2007 | **panorama**



**Regionen als Partner
Das Ziel der Europäischen
territorialen Zusammenarbeit**

Inhaltsverzeichnis

Die Kohäsionspolitik im Mittelpunkt des Lissabon-Prozesses

Im ersten Bericht über die Verhandlungen zur neuen Generation der Strategien und Programme der Kohäsionspolitik wird betont, dass das Hauptaugenmerk nun auf die 2005 vereinbarte erneuerte Lissabon-Agenda gelegt wird.

Regionen als Partner *Das Ziel der Europäischen territorialen Zusammenarbeit*

INTERREG, unbedeutend oder unerlässlich?

Die Rolle von INTERREG bleibt für die Überwindung des Einflusses der Grenzen und zur Erreichung eines reibungslos funktionierenden Binnenmarktes von großer Wichtigkeit.

Interview

Dirk Peters zum Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit.

Augenzeugen berichten:

INTERREG IV C.

Augenzeugen berichten:

URBACT.

Augenzeugen berichten:

INTERACT.

Augenzeugen berichten:

ESPON.

INTERREG in Aktion: Interreg IIIA

Reportage: Abschaffung der Grenzen

Hunderte Partnerschaften in Gesundheit, Kultur, Technologie, Umwelt, Bürgerschaft und vielen anderen Bereichen. Von PACTE zu INTERREG IV, die französisch-belgische grenzüberschreitende Zusammenarbeit macht große Fortschritte.

INTERREG in Aktion: INTERREG IIIB & IIIC

Event:

„Lasst uns über Kohäsionspolitik sprechen“: Konferenzteilnehmer erörtern innovative Strategien für die Öffentlichkeitsarbeit

REGIO & Netzwerke

Online

Fotos (Seiten): Europäische Kommission (3, 4, 6, 7, 8, 9, 12, 25, 26), Thomas Dix/Stadt Weil-am-Rhein (1, 19), CRITT Charleville-Mézières (5), Carrefour Economie Technologie Enseignement (6, 21), INTERACT (11, 17), INTERREG IVC Secretariat (14), URBACT (15), URBAN II Dortmund-Nordstadt (15), ESPON (18), Y4I (19), Celtic Enterprises (19), VIDEOCOM (19), Provincie West-Vlaanderen (20, 23), Mabiolac (20), CORELOG (24), RegEnergy (24), REVIT (24), CopraNet (24).

Titelseite: Die „Dreiländerbrücke“, eine Fußgänger- und Radfahrerbrücke, die von Weil-am-Rhein (Deutschland) über Huningue (Frankreich) nach Basel (Schweiz) führt.

Redaktionelle Beiträge zu dieser Ausgabe:

Jean-Yves Dalleau, Pierre Ergo, Jean-Luc Janot.

Verantwortlicher Herausgeber: Ana-Paula Laissy, Europäische Kommission, GD Regionalpolitik

Diese Zeitschrift erscheint in gedruckter Form in

Deutsch, Englisch und Französisch auf Recyclingpapier.

Das Themendossier liegt auf der Website http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.htm in 22 Amtssprachen der EU vor.

Die in dieser Veröffentlichung wiedergegebenen Meinungen sind die des Autors und spiegeln nicht unbedingt die Ansichten der Europäischen Kommission wider.

4



7



11



14



15



17



18



19



20



24



25



27

28

Regionen und Menschen zusammenbringen

Die Kohäsionspolitik ist das Schlüsselinstrument zur Erreichung des Ziels der Europäischen Union, mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Der Austausch von Ideen und eine Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg gehören zu den wichtigsten Faktoren, die zu Innovation beitragen. Innovation wiederum ist ein unerlässliches Element, wenn es um die Schaffung eines nachhaltigen Wachstums geht.

Die Programme der Europäischen territorialen Zusammenarbeit bringen Regionen und Menschen zusammen und fördern somit ungeachtet der bestehenden Grenzen den Austausch von guten Ideen und bewährten Praktiken in der Regionalpolitik. Die im Rahmen dieser Zusammenarbeits- und Vernetzungsprogramme finanzierten Initiativen haben somit oftmals direkte Auswirkungen auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger und bringen die Vorteile der EU in die lokale Ebene mit ein.



Ist es beispielsweise in einer Grenzregion wirklich notwendig, dass auf beiden Seiten der Grenze die gleichen teuren Gesundheitseinrichtungen ihre Dienste anbieten? Wie viel effizienter sind Bemühungen zum Hochwasserschutz, wenn sich alle betroffenen Länder daran beteiligen, auch diejenigen, die flussaufwärts liegen? Wie viele Menschenleben könnten gerettet werden, wenn Rettungskräfte grenzüberschreitend tätig werden dürften, insbesondere in abgelegenen Grenzregionen? Was können Regionen mit ähnlichen geografischen oder wirtschaftlichen Bedingungen (zum Beispiel Alpen- oder Küstenregionen) voneinander lernen?

Die Programme der Europäischen territorialen Zusammenarbeit gehen diese relevanten Fragen an.

In dieser Ausgabe von Inforegio-PANORAMA, die sich mit der Zusammenarbeit und Vernetzung auf europäischer Ebene befasst, beschreibt der Leitartikel, wie INTERREG das Leben der Bürger in der französisch-belgischen Grenzregion beeinflusst. In einem weiteren Artikel bindet ein Experte der Generaldirektion Regionalpolitik die Zusammenarbeit in einen breiteren Kontext ein und erklärt mit einfachen Worten die Vorteile dieser Zusammenarbeit. Mit einem Rechtsexperten wird dagegen in einem Interview geklärt, warum das neue Rechtsinstrument, der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ), so wichtig ist. Des Weiteren erläutern vier Vertreter der vier Zusammenarbeits- und Vernetzungsprogramme, wie sie tätig werden und was sie den Regionen zu bieten haben.

Ein Artikel über die Ende November 2007 stattgefundene Konferenz über innovative Strategien für die Öffentlichkeit im Bereich der Kohäsionspolitik („Lasst uns über Kohäsionspolitik sprechen“) rundet schließlich diese Ausgabe des Inforegio-PANORAMA-Magazins ab.

Ich hoffe, dass Sie diese Auswahl an Artikeln interessant finden werden und dass diese Ausgabe von Panorama für Sie ein Anreiz bieten wird, an einem der 70 Programme im Rahmen der Europäischen territorialen Zusammenarbeit mitzuwirken und „sich vernetzen zu lassen“.

Danuta Hübner
EU-Kommissarin für Regionalpolitik

Die Kohäsionspolitik im Mittelpunkt des Lissabon-Prozesses

Im ersten Bericht über die Verhandlungen zur neuen Generation der Strategien und Programme der Kohäsionspolitik wird betont, dass das Hauptaugenmerk nun auf die 2005 vereinbarte erneuerte Lissabon-Agenda gelegt wird.



Stadterneuerung um die Patrick Street in Cork, Irland.

Die Mitteilung der Europäischen Kommission „Umsetzung der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung durch die Mitgliedstaaten und Regionen im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik, 2007–2013“, die gemeinsam von Danuta Hübner, Kommissarin für Regionalpolitik, und Vladimir Spidla, Kommissar für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, im November 2007 vorgestellt wurde, enthält eine erste Bewertung der Ergebnisse der Verhandlungen zu den neuen Strategien und Programmen der Kohäsionspolitik.

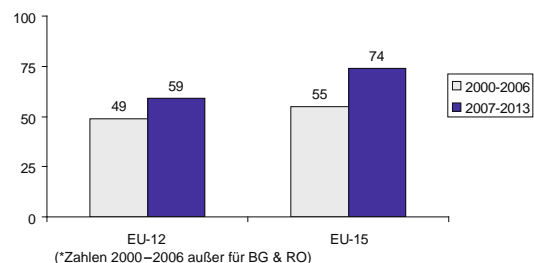
In Bezug auf die Finanzierungsschwerpunkte zeigt sich, dass 65 % der Mittel des neuen Ziels „Konvergenz“ in Lissabon-Ziele investiert werden sollen. Das bedeutet einen Anstieg von 11 % im Vergleich zum vorherigen Programmplanungszeitraum. Die Regionen, auf die das Ziel der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung Anwendung findet und die traditionell mehr Mittel für Lissabon-Maßnahmen bereitstellen, haben ebenfalls die Absicht, einen hohen Anteil der Mittel, d. h. 82 % der Gesamtmittel, in diesen Bereich zu investieren, was einen geringen Anstieg im Vergleich zum Zeitraum 2000–2006 bedeutet.

Die neuen Regelungen der Kohäsionspolitik fördern diese Mittelzuweisung durch die Mitgliedstaaten zur Unterstützung der Lissabon-Maßnahmen. In den Bestimmungen zur Mittelzuweisung hat der Europäische Rat im Dezember 2005 spezifische Ziele gesetzt. Für die Mitgliedstaaten der EU-15, für die die Mittelzuweisung verbindlich ist, wurden 74 % der für das Ziel „Konvergenz“ bestimmten Mittel und 83 % der finanziellen Mittel für das Ziel der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung für die Lissabon-Maßnahmen vorgesehen, was weit mehr ist als die vom Rat gesetzten Vorgaben (60 % bzw. 75 %).

Für die EU-12-Staaten (die neueren Mitgliedstaaten) sind diese Zielvorgaben freiwillig, doch zeugen ihre

Programplanungsdocuments von einem hohen Ehrgeiz, sind doch 58 % der dem Ziel „Konvergenz“ und 59 % der dem Ziel der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung zugewiesenen Mittel für die Lissabon-Maßnahmen vorgesehen.

Höhe der Mittelzuweisung für Konvergenzregionen in der EU-12* und EU-15
Vergleich 2000–2006 / 2007–2013
(in % der gesamten Mittel)

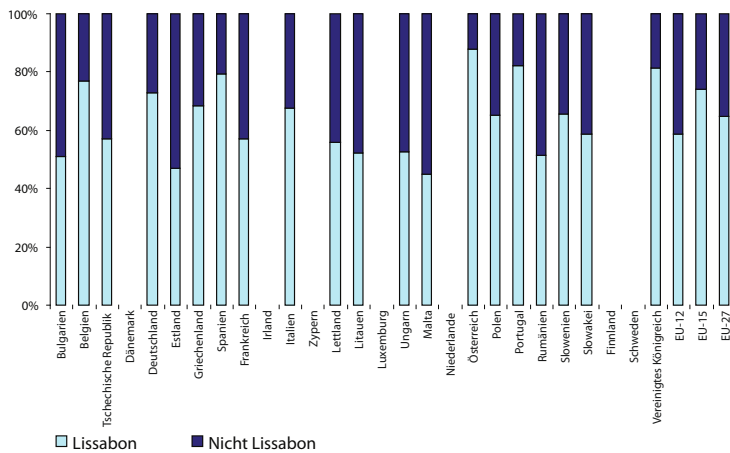


Die Analyse nach Ländern zeigt einen Trend zugunsten der Lissabon-Maßnahmen in allen Mitgliedstaaten. Bei den EU-15 reichen die Zahlen von 60 % (Frankreich) bis 88 % (Österreich) für die Konvergenzregionen und von 67 % bis 92 % (Dänemark) für Regionen, die unter dem Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ gefördert werden. Das Engagement in den EU-12 fällt bescheidener aus, doch wird dafür noch sehr viel in andere Sektoren investiert, die für den wirtschaftlichen Fortschritt von vitaler Bedeutung sind — wenn auch nicht in die vorgesehenen Kategorien.

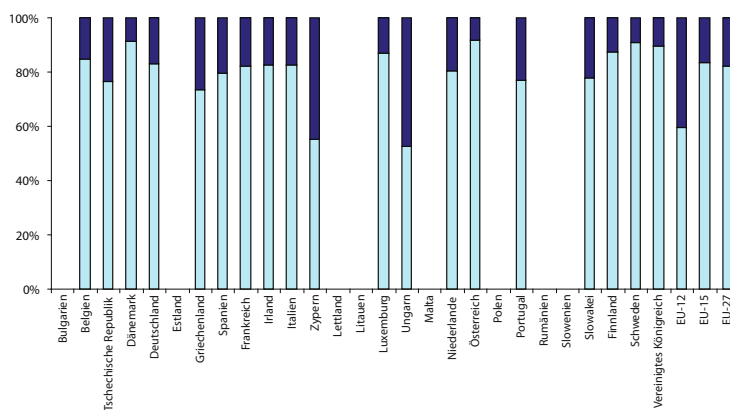
Ein Beitrag zu den Prioritäten der EU

Die neuen Programme werden sich der vier von den Mitgliedstaaten auf dem Frühjahrsgipfel im März 2006

Konvergenz



Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung



vereinbarten Schwerpunktbereiche annehmen und somit ihren Beitrag zur Agenda für Wachstum und Beschäftigung leisten. Besonderes Augenmerk wird dabei auf den Schwerpunktbereich 1 gelegt: **„Mehr in Wissen und Innovation investieren“**. Knapp 83 Milliarden Euro werden für Investitionen in diesem Bereich zur Verfügung gestellt. Mit mehr als der Hälfte dieses Betrages sollen Technologietransfers, Kooperationsnetzwerke, F&E und Umweltinnovationen gefördert und auf diese Weise die Innovationskapazität der Wirtschaft verbessert werden.

Die restliche Summe soll für folgende Bereiche aufgewendet werden: Verbreitung und Nutzung von IKT durch Unternehmen und Privatpersonen sowie Entwicklung von IKT-Technologien, Gründung von Unternehmen und Aufnahme einer selbstständigen Erwerbstätigkeit, Entwicklung von Fähigkeiten, Förderung flexiblerer und anpassungsfähigerer Arbeitnehmer. Im Vergleich zum Zeitraum 2000–2006 werden alles in allem die Investitionen in die F&E verdoppelt und in den Innovationsbereich sogar vervielfacht. In den neuen Mitgliedstaaten wird der Anteil der Aufwendungen für F&E und den Innovationsbereich am Gesamtbudget viermal so hoch sein wie im vorangegangenen Zeitraum.

Die Förderung des Unternehmertums, die in direktem Zusammenhang mit dem zweiten auf dem Frühjahrsgipfel 2006 vereinbarten Schwerpunktbereich **„Erschließung des Unternehmenspotenzials, insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen“** steht, ist ein weiteres vorrangiges Anliegen für den Zeitraum 2007–13. Die Mitgliedstaaten räumen dabei insbesondere der Bereitstellung von Unterstützungsdiensten für Unternehmen, für die in den nächsten sieben Jahren etwa 19 Milliarden Euro, das heißt 5 % des gesamten Kohäsionsbudgets, vorgesehen sind, einen hohen Stellenwert ein.

Eine hiermit verbundene Maßnahme ist die Förderung neuer Ansätze für einen verbesserten Zugang zu zuschussfreien Finanzierungsinstrumenten für Unternehmen, wie Darlehen und Risikokapital. In diesem Bereich haben die Mitgliedstaaten die Möglichkeiten ausgenutzt, die die JEREMIE-Initiative (Gemeinsame europäische Ressourcen für kleinste bis mittlere Unternehmen) ihnen bietet. JEREMIE zielt darauf ab, in den Regionen Unternehmen den Zugang zu auf sie zugeschnittenen innovativen Finanzprodukten zu erleichtern. Die im Rahmen der JEREMIE-Initiative für den Zeitraum 2007–2013 vorgesehenen EFRE-Investitionen werden auf über 2,5 Milliarden Euro geschätzt, das dabei mobilisierte Privatkapital auf rund 12,5 Milliarden Euro.

Der Schwerpunktbereich 3 **„Größere Anpassungsfähigkeit der Arbeitsmärkte dank Flexicurity“** wird vor allem durch Investitionen in aktive Arbeitsmarktmaßnahmen, neue Formen der Arbeitsorganisation, die Umsetzung von Strategien des lebenslangen Lernens und die Entwicklung von Bildungs- und Ausbildungssystemen, die besser an die in der Zukunft



Das Regionalzentrum für Innovations- und Technologietransfer (CRITT) in Charleville-Mézières, Frankreich.

benötigten Fähigkeiten und Qualifikationen angepasst sind, unterstützt. Daneben sollen Partnerschaften zur Mobilisierung von Reformen auf den Arbeitsmärkten gefördert werden. Für diesen Schwerpunktbereich sind insgesamt 70 Milliarden Euro aus dem Kohäsionsbudget vorgesehen.

Die neuen Programme werden auch dem Schwerpunktbereich 4, **„Verbesserter Umgang mit Energiere Ressourcen und Gestaltung einer effizienten und integrierten EU-Energiepolitik“** voll gerecht. Viele Bemühungen in diesem Sektor gehen vom privaten Sektor aus, weshalb es den Anschein hat, dass die absoluten Ausgabenzahlen im Rahmen dieser Programme verglichen mit anderen Bereichen eher bescheiden ausfallen. Jedoch werden sich im Vergleich zum Zeitraum 2000–2006 die Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz unter dem Ziel „Konvergenz“ vervielfachen und unter dem Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ sogar versiebenfachen.

Weitere wichtige Prioritäten des Lissabon-Prozesses und der Gemeinschaft

Die erhöhten Investitionen in die mit der Lissabon-Strategie verbundenen Kategorien werden auch anderen Bereichen, die für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit von Belang sind, zugute kommen. Die neuen Kohäsionsprogramme zielen darauf ab, durch eine Stärkung der potenziellen Synergien zwischen Umweltschutz und Wachstum Win-win-Situation zu schaffen. Zu den Prioritäten auf diesem Gebiet zählen die Bereitstellung von Umweltdienstleistungen wie Trinkwasserversorgung, Abfall- und Abwasseraufbereitungsanlagen, eine verbesserte Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, die Sanierung von



Der Bedarf an Bildungs- und Berufsbildungssystemen, die besser auf die zukünftigen Kompetenz- und Qualifizierungsanforderungen zugeschnitten sind.

Böden, um sie als neue Nutzflächen zu erschließen, und der Schutz vor Umweltrisiken. Insgesamt sollen etwa 51 Milliarden Euro in diese Bereiche investiert werden.

Die Mitgliedstaaten und Regionen, die im Rahmen des Ziels „Konvergenz“ oder des Kohäsionsfonds Fördermittel erhalten können, haben auch der Entwicklung des Transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-T) Vorrang eingeräumt. Etwa die Hälfte aller für den Verkehrsbereich bewilligten Mittel (76 Milliarden Euro) sind für TEN-T-Projekte bestimmt (38 Milliarden Euro). Weitere Prioritäten im Verkehrsbereich umfassen Investitionen in Nebenstrecken für eine bessere Erreichbarkeit der Europäischen Verkehrsnetze sowie die Förderung umweltverträglicher nachhaltiger Verkehrssysteme. Die hierfür vorgesehenen Ausgaben belaufen sich auf 34 Milliarden Euro (45 % aller für den Verkehrsbereich bewilligten Mittel).

Etwa 32 Milliarden Euro werden in einen verbesserten Zugang zu Beschäftigung für Frauen, ältere Arbeitnehmer, Jugendliche und Menschen, die vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt sind, investiert. Mit weiteren 1,9 Milliarden Euro soll die Modernisierung der Arbeitsmarktinstitutionen unterstützt werden, und ein ähnlicher Betrag ist für Maßnahmen zum Abbau der Geschlechtertrennung auf dem Arbeitsmarkt und zur Förderung einer besseren Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben vorgesehen. Weitere 13,5 Milliarden Euro sollen in Maßnahmen zur Verbesserung der Anpassungsfähigkeit von Arbeitnehmern, Unternehmen und Unternehmern an die Anforderungen einer sich verändernden Wirtschaft und Arbeitswelt investiert werden.

Da man sich des hohen wirtschaftlichen Nutzens der Investitionen in den Bildungsbereich bewusst ist, werden zur Förderung der Reform der Bildungs- und Ausbildungssysteme, darunter Maßnahmen für effiziente Strategien des lebenslangen Lernens und zur Unterstützung von Risikogruppen wie Schulabbrecher, 25,3 Milliarden Euro bereitgestellt. Außerdem verfolgen einige Programme einen integrierten Entwicklungsansatz und haben deshalb Initiativen ins Leben gerufen, die sich mit den spezifischen Problemen einzelner geografischer Gebiete befassen, um sich auf diese Weise auf eine ausgeglichene Entwicklungsstruktur zuzubewegen. Einige dieser Aktionen in städtischen Gebieten greifen dabei auch auf die JESSICA-Initiative (Gemeinsame europäische Unterstützung für nachhaltige Investitionen in städtische Gebiete), die von der Europäischen Investitionsbank unterstützt wird, zurück.

Förderung einer verantwortungsvollen Staatsführung und Partnerschaft

Die Analyse bestätigt eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen denjenigen, die für die Koordinierung der Umsetzung der Nationalen Reformprogramme (NRP), der sich jeder Mitgliedstaat

2005 im Rahmen der Lissabon-Strategie verschrieben hat, zuständig ist, und denen, die sich mit der Vorbereitung der Strategien und Programme der Kohäsionspolitik befassen. Aus der Analyse hat sich des Weiteren ergeben, dass in den verschiedenen Ländern die Ansätze für eine Partnerschaft abhängig von den nationalen institutionellen Gegebenheiten zwar unterschiedlich sind, sich in vielen Ländern die Strukturen für eine Beteiligung der Partner an der Programmplanung im Vergleich zum vorangegangenen Programmplanungszeitraum aber verbessert haben. Die dezentralisiertere Verwaltung der Programme für den Zeitraum 2007–13 bietet auch die Aussicht auf eine stärkere Einbindung der Interessengruppen, insbesondere der städtischen Behörden und Sozialpartner, über die Programmplanungsphase hinaus.

Ausbau der Verwaltungskapazitäten

Da effiziente öffentliche Verwaltungseinrichtungen und Dienstleistungen als für das Wirtschaftswachstum von wesentlicher Bedeutung angesehen werden, wurden sie direkt mit den Zielen der erneuerten Lissabon-Agenda verbunden. Mit etwa 3,6 Milliarden Euro soll den am wenigsten entwickelten Ländern und Regionen geholfen werden, ihre öffentlichen Verwaltungseinrichtungen und Dienstleistungen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene zu modernisieren. Unterstützt werden sollen damit Maßnahmen zur Qualitätssteigerung bei der Rechtssetzung und zum Ausbau der Kapazitäten für die Ausarbeitung effektiver Maßnahmen und Programme, einschließlich der Ausbildung von Mitarbeitern, die Schaffung qualitativ hochwertiger Dienstleistungen, die für alle Bürger zugänglich sind, sowie die Stärkung regionaler Verwaltungen.

Weitere Details 2008

Im Frühjahr 2008 wird die Kommission im Anschluss an die Schlussfolgerungen der Verhandlungen zu den Programmen für den Zeitraum 2007–2013 einen detaillierteren Bericht vorlegen. Außerdem wird sie von 2008 an in ihren Jahresfortschrittsbericht zum Frühjahrsgipfel eine Zusammenfassung der Berichte der Mitgliedstaaten über den Beitrag der Programme zur Umsetzung der NRP mit einbringen. 2009 müssen die Mitgliedstaaten eine strategische Bewertung darüber ausarbeiten und vorlegen, wie die Programme zur Erreichung ihrer ursprünglichen Ziele, insbesondere der Ziele, die mit den Prioritäten der Gemeinschaftlichen Strategischen Leitlinien und den Integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung der Lissabon-Agenda verbunden sind, beigetragen haben. Diesen Bewertungen wird sich 2010 ein Bericht der Kommission anschließen, der die Berichte der Mitgliedstaaten zusammenfasst und Überlegungen über die Möglichkeiten und die Notwendigkeit, die Programmplanung an die neuen Herausforderungen anzupassen, anstellt.

INTERREG, unbedeutend oder unerlässlich?

Von Colin Wolfe⁽¹⁾

Wenn Sie von Brüssel über Luxemburg nach Straßburg fahren und dabei denken, wie schön es ist, dass es in der EU keine Grenzen mehr gibt, kann man Ihnen das nicht verdenken. Doch selbst hier, im Herzen Europas, bleibt die Rolle von INTERREG für die Überwindung des Einflusses der Grenzen und zur Erreichung eines reibungslos funktionierenden Binnenmarktes von großer Wichtigkeit.



Verkehrsreiche LKW-Verbindung an der Grenze zwischen Belgien, Frankreich und Luxemburg.

Nicht alle EU-Grenzen sind auch wirklich Grenzen. Fahren Sie einfach einmal von Brüssel über Luxemburg nach Straßburg, und Sie werden feststellen, dass Europa in der Tat scheinbar keine Grenzen mehr hat — wenn man einmal von den unterschiedlichen Benzinpreisen und den unterschiedlichen Farben der Verkehrsschilder absieht.

Doch selbst hier, in der Kernregion Europas, müssen noch Hindernisse überwunden werden. Zu beiden Seiten der Grenze stehen ähnliche Krankenhäuser, und Polizei, Feuerwehr und Krankenwagen fahren nur bis zur Grenze und keinen Meter weiter. Der über die Ufer getretene Fluss, der Ihren Keller bedroht, kann vielleicht als Sturm flussaufwärts in einem ausländischen Flusstal seinen Anfang genommen haben. Gewerbe- und Wissenschaftsparks sind selten international und grenzübergreifend — sie konkurrieren eher, anstatt zusammenzuarbeiten. Und dennoch ist hier von den am besten integrierten europäischen Grenzen die Rede. Überqueren Sie bei Straßburg den Rhein und fahren Sie ostwärts, bis Sie zu einem anderen großen europäischen Fluss, der Donau, gelangen. Hier sind die Grenzen schon deutlicher zu erkennen. Die Löschfahrzeuge bleiben hier nicht an der Grenze stehen, weil es ansonsten zu Problemen mit der Versicherung kommen könnte, sondern weil es einfach keine Brücken gibt, über die sie fahren könnten, um ins Nachbarland zu gelangen.

Europäische territoriale Zusammenarbeit

Gerade diese Probleme hindern die EU daran, optimal zu funktionieren. Während regionale Vielfalt unzweifelhaft ein wünschenswertes Merkmal der EU ist, bietet eine regionale Trennung eine weniger reizvolle Perspektive. Nicht aufeinander abgestimmte Zugfahrpläne sind Nerven aufreibend, wenn man auf dem Bahnsteig des Grenzbahnhofs sitzen bleibt, weil der Anschlusszug fünf Minuten vor Ankunft seines Zuges abgefahren ist. Und wenn man sich aufgrund unterschiedlicher Beschilderung verfährt, dann befindet man sich wahrlich nicht auf dem Weg zu internationalem Goodwill.

Die INTERREG-Programme der EU mit ihren drei Förderbereichen möchten diese Probleme angehen. Förderbereich A befasst sich mit einzelnen Grenzen oder (wie im Falle von Luxemburg) mit mehreren Grenzen, die miteinander verknüpft sind. Förderbereich B konzentriert sich auf größere Gebiete oder internationale Regionen (beispielsweise der Ostsee-

Die Europäische territoriale Zusammenarbeit — ein Überblick

- Eines der drei Ziele der EU-Kohäsionspolitik (neben „Konvergenz“ und „Wettbewerbsfähigkeit“)
- Bekannt als „INTERREG“
- Derzeit Umsetzung der 4. Programmreihe
- Budget 2007—2013 > 8,7 Milliarden Euro (zu laufenden Preisen) (im Vergleich zu 5,5 Milliarden Euro 2000—2006)
- Etwa 70 Programme in ganz Europa

(1) Referatsleiter, Territoriale Zusammenarbeit, GD Regionalpolitik, Europäische Kommission.



Bau einer neuen Straße zwischen Griechenland und Bulgarien.

raum oder die Alpenregion) und beschäftigt sich folglich mit Anliegen größeren Ausmaßes (Meeresverschmutzung, Rückgang der Schneegrenze). Der interregionale Förderbereich C spricht alle 27 EU-Mitgliedstaaten sowie Norwegen und die Schweiz an. Wenn wir Europäer voneinander lernen wollen und wenn wir nicht immer wieder das Rad neu erfinden möchten, dann hat der Förderbereich C uns viel zu bieten.

INTERREG A — Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geht es vor allem darum, „Lücken zu schließen“. Mit INTERREG A sollen alle länderübergreifenden Probleme angegangen werden, gleich, ob es sich dabei um fehlende Infrastrukturen (Bau von Brücken), um Märkte und Dienstleistungen (Verknüpfung von Universitäten, Unternehmen und Kunden) oder um kulturelle bzw. sprachliche Barrieren handelt. Zu diesem Zweck werden grenzüberschreitende Analysen durchgeführt und Gegenstrategien entwickelt, die sich in einem der 52 länderübergreifenden Programme widerspiegeln. Dabei werden zahlreiche Themen angesprochen, darunter:

- Förderung des Unternehmertums, insbesondere die Entwicklung von KMU, Fremdenverkehr, Kultur und grenzüberschreitender Handel;
- Verbesserung der gemeinsamen Verwaltung der natürlichen Ressourcen;
- Förderung der Beziehungen zwischen städtischen und ländlichen Gebieten;
- Verbesserung des Zugangs zu Verkehrs- und Kommunikationsnetzwerken;
- Entwicklung von Plänen zur gemeinsamen Nutzung bestehender Infrastrukturen;
- Aufgaben in den Bereichen Verwaltung, Beschäftigung und Chancengleichheit.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

- Bekannt als „INTERREG FÖRDERBEREICH A“
- 52 Programme
- >70 % des Budgets = 5,4 Milliarden Euro

INTERREG B — Transnationale Zusammenarbeit

Die transnationale Zusammenarbeit wird auf einer breiteren Basis, das heißt auf regionaler Ebene, wobei sich die Regionen über mehrere Länder erstrecken, durchgeführt. Die Programme decken nicht nur, wie oben erwähnt, den Ostseeraum oder die Alpenregion ab, sondern auch andere Meeresregionen, wie die Nordsee, den Mittelmeerraum und den atlantischen Raum, oder auch Landregionen wie Nordwest- oder Südosteuropa. Eine solche breiter angelegte Zusammenarbeit ermöglicht die Ausarbeitung gemeinsamer Ansätze für Anliegen, die ganze Flusseinzugsgebiete oder Gebirgsketten betreffen. Die Programme verleihen der regionalen Entwicklung eine wichtige und zusätzliche europäische Dimension auf Grundlage von Analysen, die auf europäischer Ebene durchgeführt werden, und führen dabei zur Festlegung gemeinsamer Prioritäten und einer koordinierten Gegenstrategie. Dadurch können Aufgaben, beispielsweise in Zusammenhang mit der Öffnung von Kommunikationskorridoren, der Hochwasserbekämpfung, der Verknüpfung von Industrie und Forschung auf internationaler Ebene oder auch der Entwicklung tragfähigerer und nachhaltiger Märkte effizient angegangen werden. Daneben bieten

Transnationale Zusammenarbeit

- Bekannt als INTERREG FÖRDERBEREICH B
- Größere internationale Gebiete und Regionen
- 13 Programme: Nordsee, Ostsee, Nördliche Randgebiete, Mittelmeerraum, Alpenregion, Südwesteuropa, Nordwesteuropa, Mitteleuropa, Atlantikraum, Südosteuropa, Madeira-Azoren-Kanarische Inseln, Réunion, Karibik
- >25 % des Budgets = 1,8 Milliarden Euro



In Karlsruhe (Deutschland) wurde durch INTERREG „PAMINA“ ein Programm zur Entwicklung des grenzüberschreitenden Fremdenverkehrs unterstützt.

sie einen gemeinsam vereinbarten Rahmen für strategische Investitionen aus anderen Mitteln — von Mitteln im Rahmen des Ziels „Konvergenz“ bis hin zu anderen fremdfinanzierten Instrumenten — und somit ein Potenzial für die Erreichung viel versprechender Ergebnisse. Zu den angesprochenen Themen gehören:

- Innovation, insbesondere Netzwerke zwischen Universitäten, Forschungseinrichtungen, KMU;
- Umwelt, vor allem Wasserressourcen, Flüsse, Seen, Meer;

- Zugänglichkeit, einschließlich Telekommunikation, und insbesondere die Vervollständigung von Netzwerken;
- nachhaltige städtische Entwicklung, vor allem polyzentrische Entwicklung.

INTERREG C — Interregionale Zusammenarbeit

Die interregionale Zusammenarbeit findet auf paneuropäischer Ebene statt und umfasst nicht nur die 27 EU-Mitgliedstaaten sondern auch andere Länder. Dank dieser Zusammenarbeit entstehen Netzwerke, die bewährte Praktiken entwickeln und den Austausch von Lehren und Erfahrungen, die erfolgreiche Regionen gemacht haben, erleichtern. Diese erfolgreichen Regionen dienen dabei den Regionen, die noch investieren, als Vorbild. Ein wichtiger

Interregionale Zusammenarbeit

- Bekannt als INTERREG FÖRDERBEREICH C, INTERACT, URBACT, ESPON
- Deckt alle EU-Mitgliedstaaten sowie Norwegen und die Schweiz ab
- Budget > 445 Millionen Euro

Bereich dieses Förderbereichs ist die Initiative „Regionen für den wirtschaftlichen Wandel“, bei der nicht nur gute Ideen ausgetauscht werden, sondern die einen Schritt weiter geht und alle Entscheidungsträger an einen Tisch bringt. Die Europäische Kommission unterstützt diese Initiative, indem sie Experten und politisches Fachwissen zur Verfügung stellt, damit die Arbeit in Bereichen wie Informationsgesellschaft oder der Umgang mit den Meeresressourcen „beschleunigt“ wird. Ziel ist es dabei, aus dem vorhandenen Know-how optimalen Nutzen zu ziehen. Im Mittelpunkt steht dabei die Verknüpfung mit Konvergenz- und Wettbewerbsprogrammen, um neue Ideen zu Investitionen zu machen. Die Themen umfassen unter anderem:

- Innovation und wissensbasierte Wirtschaft;
- Umwelt und Risikoschutz.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass diese Programme zur territorialen Zusammenarbeit die europäische Dimension unterstreichen:



Der „Verein Frau und Arbeit“ unterstützt Frauen, die in Salzburg (Österreich) ihr eigenes Unternehmen gründen.

Zwei Jahrzehnte INTERREG

1989 gewährte die Europäische Kommission erstmals Zuschüsse für die territorialen Zusammenarbeit, als 14 Pilotprojektgruppen nach Artikel 10 EFRE mit etwa 21 Millionen ECU finanziell unterstützt wurden. Mit diesen Projekten sollte den Schwierigkeiten bei der strukturellen Entwicklung von Grenzgebieten entgegengewirkt werden.

1990 rief die Kommission auf Grundlage der Erfahrungen mit diesen Pilotprojekten die Gemeinschaftsinitiative INTERREG ins Leben. Mit **INTERREG I** (1990—1994) wurde beabsichtigt, Grenzregionen auf eine Gemeinschaft ohne Binnengrenze vorzubereiten. Insgesamt wurden dabei 31 operationelle Programme mit einem Finanzrahmen von 1.082 Millionen ECU durchgeführt. Die REGEN-Initiative, die im selben Jahr als Ergänzung zum INTERREG-Programm gestartet wurde, zielte ihrerseits auf die Vervollständigung des transeuropäischen Verkehrs- und Energieversorgungsnetzes in den Ziel-1-Regionen ab.

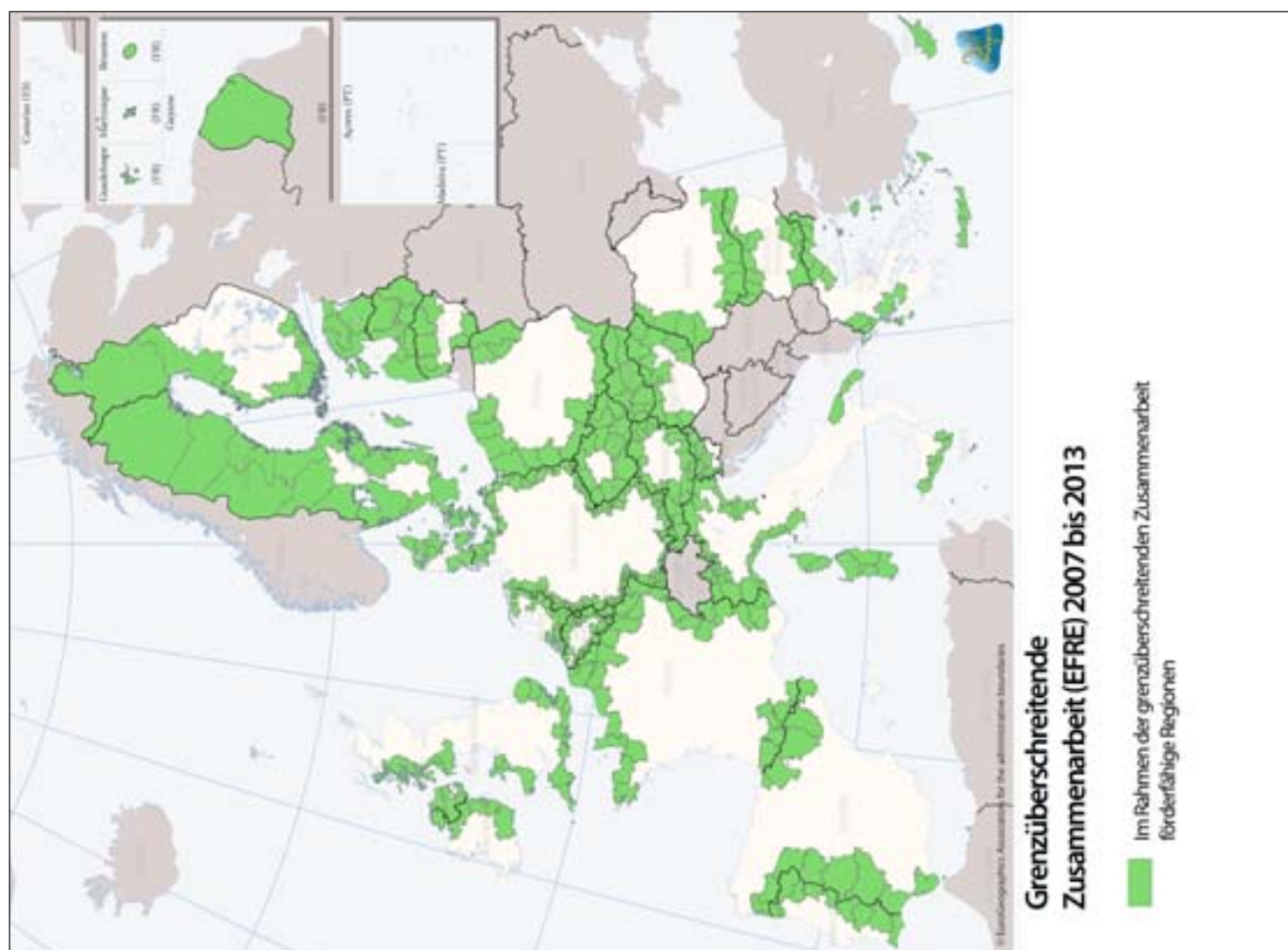
Die **INTERREG II**-Initiative (1994—1999), die die Ziele von INTERREG I und REGEN kombinierte, wurde mittels 59 operationeller Programme umgesetzt. Die bereitgestellten Mittel beliefen sich auf 3.519 Millionen ECU (Preise 1996), die auf drei Förderbereiche aufgeteilt wurden: INTERREG IIA (1994—1999) – grenzüberschreitende Zusammenarbeit; INTERREG IIB (1994—1999) – Vervollständigung von Energienetzwerken; INTERREG IIC (1997—1999) – Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Regionalplanung, insbesondere Wasserressourcenmanagement.

INTERREG III (2000—2006) verfügte über ein Gesamtbudget in Höhe von mehr als 5 Milliarden Euro. Auch diese Initiative bestand aus 3 Förderbereichen: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit (Förderbereich A, 53 Programme), transnationale Zusammenarbeit (Förderbereich B, 13 Programme) interregionale Zusammenarbeit (Förderbereich C, 4 Programme).

Für den Zeitraum 2007—2013 ist **INTERREG IV** zum dritten Ziel der EU-Kohäsionspolitik geworden: das Ziel der „Europäischen territorialen Zusammenarbeit“, für das 8,7 Milliarden Euro zur Verfügung stehen, die wiederum auf die drei Förderbereiche aufgeteilt werden: 6,44 Milliarden Euro für grenzüberschreitende, 1,83 Milliarden Euro für transnationale und 445 Millionen Euro für interregionale Zusammenarbeit.

- Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit (INTERREG A) „schließt die Lücken“ und trägt dazu bei, Grenzhindernisse zu beseitigen;
- die transnationale Zusammenarbeit (INTERREG B) „entwickelt transeuropäische Regionen“;
- die interregionale Zusammenarbeit (INTERREG C) „wendet das Wissen über die regionale Entwicklung“ auf europäischer Ebene an.

Im Zeitraum 2000—2006 wurde deutlich, wie groß der Bedarf an solchen Ansätzen ist. Über 13.000 Projekte wurden unterstützt, doch wurde dadurch nur ein Teil der Nachfrage befriedigt. Die Erwartungen für 2007—2013 liegen höher — zahlenmäßig, strategisch gesehen, und was die Ergebnisse anbelangt. Dieser neue Programmplanungszeitraum bietet uns die Gelegenheiten, weiter voranzuschreiten, wenn es darum geht, die Erfahrung, die man als Autofahrer auf dem Weg von Brüssel über Luxemburg nach Straßburg macht, auf andere Bereiche der territorialen Zusammenarbeit zu übertragen.



Der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit



Gruppendiskussion bei einem INTERACT-Seminar.



Der „Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ)“ ist ein neues Rechtsinstrument, mit dem die grenzüberschreitende, transnationale und regionale Zusammenarbeit erleichtert und gefördert werden soll. Im Vergleich zu den Strukturen, auf die sich diese Zusammenarbeitsformen bis 2007 stützten, handelt es sich beim EVTZ um eine juristische Person mit allen damit verbundenen Rechten und Pflichten. Der Verbund kann daher Güter kaufen und verkaufen und auch Mitarbeiter einstellen. Von Dirk Peters, Rechtsbevollmächtigter Beamter im Referat Juristische Angelegenheiten der GD Regionalpolitik, erfahren wir mehr.

F.: Herr Peters, Sie haben an den Verhandlungen bezüglich der EU-Verordnung für die Errichtung des Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ)⁽¹⁾ teilgenommen. Warum hat die Kommission diese Verordnung vorgeschlagen?

A.: Die Erfahrung der Kommission mit Zusammenarbeitsprogrammen und -projekten geht auf den Beginn der Gemeinschaftsinitiative INTERREG 1990 zurück. Damals stellten die unterschiedlichen Rechts- und Verwaltungssysteme ein wirkliches Hindernis für eine reibungslose Umsetzung dieser Programme und Projekte dar. In einigen Grenzregionen war es möglich, auf Grundlage bilateraler oder trilateraler Verträge im Rahmen des „Europäischen Rahmenübereinkommens über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften“ des Europarates, das 1980 in Madrid unterzeichnet wurde, Rechtspersonen gemeinsam zu gründen. Doch sogar in diesem Kontext war es nicht möglich, alle Probleme zu lösen, insbesondere die Probleme, die mit einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit verbunden waren. In vielen anderen grenznahen Gebieten, vor allem in den neuen

(1) Verordnung (EG) Nr. 1082/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ), Amtsblatt L 210 vom 31.7.2006, S. 19.



Zusammenarbeit zwischen Dänemark und Schweden im Rahmen einer Organspende.

Mitgliedstaaten, existieren solche Verträge nicht. Aus diesem Grund schlug Kommissar Michel Barnier, der selbst aus einer Grenzregion (Savoie in Frankreich) kommt, 2004 im 3. Bericht über wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt ein neues Rechtsinstrument in Form einer europäischen Zusammenarbeitsstruktur vor. Der Verordnungsentwurf war daraufhin Teil des Legislativpakets für den Programmplanungszeitraum 2007–2013 für die erneuerte Kohäsionspolitik.

F.: Was ist der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit?

A.: Der EVTZ ist ein neues Rechtsinstrument, das nicht wie das Madrider Rahmenübereinkommen internationalem, sondern Gemeinschaftsrecht unterliegt. Wie bei jeder anderen Verordnung muss es nicht ratifiziert oder in bilateralen bzw. trilateralen Verträgen ausgehandelt werden. Es ist jedoch bindend und findet in allen Mitgliedstaaten direkt Anwendung. Die Verordnung selbst ermächtigt demnach regionale und lokale Behörden aus verschiedenen Mitgliedstaaten sowie einige Einrichtungen, die dem öffentlichen Recht unterliegen, oder Vereinigungen aller dieser Behörden, zur Umsetzung von Zusammenarbeitsprogrammen und -projekten gemeinsame Verbünde mit einer eigenen Rechtspersönlichkeit zu errichten.

F.: Der EVTZ ist ein besseres Steuerungsinstrument als andere bestehende Instrumente unter internationalem oder nationalem Recht. Jedoch war es schwierig, die Mitgliedstaaten für diesen Vorschlag zu gewinnen. Warum?

A.: Das ist in der Tat schwer zu verstehen, wenn man das grundlegende Prinzip des Gemeinschaftsrechts akzeptiert: Wenn eine Gemeinde in einem Mitgliedstaat mit einer Nachbargemeinde innerhalb desselben Mitgliedstaates ein gemeinsames Organ ins Leben rufen kann, um eine Buslinie zwischen diesen beiden Gemeinden einzurichten oder eine Kläranlage zu bauen, oder wenn eine Region gemeinsam mit einer Nachbarregion, die im selben Mitgliedstaat liegt, einen Naturpark verwalten oder eine Regionalentwicklungsagentur einrichten kann, dann räumt die Gemeinschaftsverordnung ihr das Recht ein, innerhalb der Gemeinschaft ein solches Vorhaben auch länderübergreifend durchzuführen. Es geht hier um den Aspekt der Nichtdiskriminierung. Leider betrachten einige zentrale Behörden eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit noch immer als eine externe Zusammenarbeitsform, obwohl es sich in Wirklichkeit um eine Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft, oder, wenn Ihnen das lieber ist, eine Zusammenarbeit innerhalb des Binnenmarktes handelt.

F.: Spiegelt die Verordnung, so wie sie letztendlich einstimmig angenommen wurde, diese etwas vorsichtige Haltung der Mitgliedstaaten wider?

A.: Ja, in der Tat. Nur um die beiden umstrittensten Punkte zu erklären: Der ursprüngliche Vorschlag der Kommission sah nicht vor, dass die Mitgliedstaaten selbst Mitglied des EVTZ

werden konnten. Außerdem war auch kein Vorabkontrollverfahren durch die zentralen Behörden geplant. Was den ersten Punkt betrifft, wurde uns bewusst, dass es notwendig war, die zentralen Behörden mit einzubinden, da die Befugnisse zwischen den Mitgliedstaaten sehr asymmetrisch sind. Manche Befugnisse, die in Deutschland den Bundesländern unterliegen, sind in Frankreich zum Beispiel auf zentraler Ebene wiederzufinden, weil die Regionalbehörden in diesem Land nicht die gleichen Befugnisse besitzen wie die Bundesländer. Diese Unterschiede in Bezug auf die Befugnisse sind im Vergleich mit kleineren Mitgliedstaaten, die keine regionale Ebene haben und in denen die Befugnisse deshalb ausschließlich auf nationaler Ebene liegen, noch viel stärker ausgeprägt. Was den anderen Streitpunkt anbelangt, wurde schnell klar, dass die gesamte Verordnung nur angenommen werden konnte, wenn den Mitgliedstaaten die Möglichkeit eingeräumt wird, eine Vorabkontrolle durchzuführen. Es darf dabei jedoch nicht vergessen werden, dass das durch die Verordnung den regionalen und lokalen Behörden direkt zugestandene Recht, einen EVTZ einzurichten, bedeutet, dass die Mitgliedstaaten die Teilnahme an einem EVTZ gestatten müssen, es sei denn, einige Bedingungen sind nicht erfüllt. Artikel 4 der Verordnung besagt nicht, dass die Mitgliedstaaten eine Teilnahme gestatten dürfen, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Hier wird die Kommission genau aufpassen, um sicherzustellen, dass die Verordnung richtig und auch wirklich umgesetzt wird.

F.: Was diesen letzten Aspekt der Umsetzung der Verordnung betrifft, ist die Rede von nationalen Umsetzungsregelungen, bevor die Verordnung auch wirklich Anwendung findet. Ist die Verordnung nicht in Wirklichkeit eine Richtlinie?

A.: Im Rahmen der OPEN DAYS im Oktober 2007 waren verschiedene Seminare dem EVTZ gewidmet. Es wollten viel mehr Interessenten von regionalen und nationalen Behörden innerhalb und außerhalb der Gemeinschaft daran teilnehmen als eigentlich Platz war. Viele von ihnen wollen gemeinsame EVTZ ins Leben rufen! Ja, einige nationale Vertreter versuchten zu erklären, warum sie die Kommission nicht über die nationalen Bestimmungen informiert hatten (bis Ablauf der Frist am 1. August 2007), um die Wirksamkeit der Verordnung zu gewährleisten, indem sie vorgaben, dass die Verordnung eine „versteckte“ Richtlinie sei. Jedoch entspricht die EVTZ-Verordnung anderen Verordnungen zur Gründung einer Einrichtung unter Gemeinschaftsrecht, wie beispielsweise die Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung, die Europäische Gesellschaft und die Europäische Aktiengesellschaft, bei denen die Mitgliedstaaten ausdrücklich aufgefordert werden, nationale Umsetzungsregelungen zu verabschieden. Selbst „normale“ Verordnungen wie die Verordnung mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds⁽²⁾ erfordern in einigen Mitgliedstaaten einen Rechtsakt des Parlaments zur Festlegung der Befugnisse auf zentraler und regionaler Ebene. Es versteht sich von selbst, dass die Kommission sicherstellen wird, dass alle Mitgliedstaaten diese nationalen Regelungen verabschieden. Ohne diese Regelungen können die Mitgliedstaaten seit dem 1. August 2007 ihren Regionen jedoch nicht das ihnen direkt durch die Verordnung zugestandene Recht verweigern, einen EVTZ zu errichten, nur weil diese nationalen Regelungen noch nicht erlassen wurden. Dies ist ein bedeutender Unterschied zur Richtlinie.

F.: Wenn wir nun die eher praktische Seite betrachten — für welche Zusammenarbeitsformen kann der EVTZ verwendet werden?

A.: Wir können, wie in der Verordnung aufgeführt, vier Zusammenarbeitsformen unterscheiden: (1) zur Umsetzung territorialer Zusammenarbeitsprogramme oder (2) Projekte, die von den Strukturfonds und dem Kohäsionsfonds mitfinanziert werden; (3) zur Durchführung anderer spezifischer Aktionen der territorialen Zusammenarbeit oder (4) ohne gemeinschaftliche Mitfinanzierung. „Territorial“ deckt alle Arten der Zusammenarbeit ab: grenzüberschreitend, transnational und interregional. Zur Erfüllung dieser Aufgaben kann ein EVTZ seine eigenen Strukturen einrichten, Eigenmittel besitzen und Mitarbeiter anstellen.

F.: Können Sie einige Beispiele nennen?

A.: Bei der ersten Zusammenarbeitsform werden einige Programme im Rahmen des neuen Ziels der Europäischen territorialen Zusammenarbeit von einem EVTZ geleitet werden, der als Verwaltungsbehörde des Programms auftritt (zum Beispiel die Großregion mit Luxemburg und seinen Partnerregionen in Belgien, Frankreich und Deutschland). Ein wesentlicher Vorteil wird hierbei sein, dass der EVTZ, der eine eigene Rechtspersönlichkeit besitzt, die Verträge mit dem federführenden Partner unterzeichnen kann, ungeachtet dessen, wo dieser sich befindet. Zusammenarbeitsprojekte (Zusammenarbeitsform 2) könnten die Organisation länderübergreifender Verkehrs- oder Gesundheitsdienstleistungen im Rahmen eines Programms, das ein Zusammenarbeitsziel verfolgt, oder zweier „nationaler“ Konvergenzprogramme abdecken. Andere Gemeinschaftsprogramme wie das 7. Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung oder das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) dürfen Zusammenarbeitsprojekte mitfinanzieren, die von Instanzen aus zwei Mitgliedstaaten vorgestellt werden (Form 3). Die vierte Zusammenarbeitsform könnte letztendlich konkrete Projekte ohne (oder im Anschluss an) eine Gemeinschaftsförderung umfassen, oder auch eher „governance“-ähnliche Plattformen, um einer Euroregion, die eine bestimmte Grenzregion oder ein bestimmtes transnationales Gebiet abdeckt, eine dauerhafte Rechtsstruktur zu verleihen.

F.: Könnten Sie uns abschließend noch erklären, wie ein EVTZ gegründet wird?

A.: Die zukünftigen Mitglieder des EVTZ müssen ein Übereinkommen und eine Satzung ausarbeiten, die den zuständigen nationalen Behörden vorgelegt werden muss. Diese haben drei Monate Zeit, die Teilnahme potenzieller Mitglieder zu billigen oder abzulehnen, wobei eine Ablehnung begründet werden muss. Am Tag der Registrierung oder Veröffentlichung der Satzung wird der EVTZ Rechtspersönlichkeit erlangen. Die Kommission arbeitet eng mit dem Ausschuss der Regionen⁽³⁾ und mit dem neuen INTERACT-Programm⁽⁴⁾ zusammen, um jene Regionen zu unterstützen und zu beraten, die, was die Umsetzungsmöglichkeiten für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit anbelangt, den durch die EVTZ-Verordnung ermöglichten radikalen Schritt nach vorne gehen möchten, wie EU-Kommissarin Hübner es ausdrückt. Ich möchte mit dem diesjährigen Motto der OPEN DAYS abschließen: The EGTC: „Making it happen!“ — Der EVTZ macht's möglich.

(2) Verordnung (EG) Nr. 1083/2006, Amtsblatt L 210 vom 31.7.2006, S. 25.

(3) www.cor.europa.eu/de/activities/egtc_studies.htm

(4) www.interact-eu.net

„Von INTERREG IIIC zu INTERREG IVC – der nächste Schritt auf dem Weg zu den Lissabon- und Göteborg-Zielen“



Michel Lamblin, Direktor des INTERREG IVC-Programms

Das neue interregionale Zusammenarbeitsprogramm (abgekürzt „Interreg IVC“), das von der Europäischen Kommission im September 2007 angenommen wurde, wird für den Zeitraum 2007–2013 aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) mit 321 Millionen Euro gefördert und umfasst alle 27 Mitgliedstaaten sowie Norwegen und die Schweiz, die jedoch ihre eigenen Fördermittel bereitstellen werden. Ziel des Programms ist die Schaffung eines Rahmens für einen Erfahrungsaustausch zwischen regionalen und lokalen Einrichtungen aus verschiedenen Ländern über gemeinsame Herausforderungen in Bereichen wie Globalisierung, demografischer Wandel, Energieversorgung und Klimaänderung.

Während das neue Programm jetzt in die Wege geleitet wird, werden die INTERREG IIIC-Projekte nun langsam abgeschlossen. Die INTERREG IIIC-Projekte umfassen über 2.600 Partner und 263 verschiedenen Initiativen, an denen sich Regionen aus allen EU-Mitgliedstaaten beteiligen. Knapp die Hälfte dieser Initiativen betreffen Themen wie wirtschaftliche Entwicklung, Schaffung von Arbeitsplätzen, Unternehmertum, Informationsgesellschaft und technologische Innovationen. Beachtliche Ergebnisse wurden hierbei bei der Feststellung bewährter Praktiken und, was noch wichtiger ist, beim Austausch dieser Praktiken zwischen den Regionen erzielt.

Wie sieht die Zukunft für den kommenden Haushaltszeitraum 2007–2013 aus? Die interregionale Zusammenarbeit wird unter dem INTERREG IVC-Programm weiterentwickelt. Sie wird auf den Erfolgen des IIIC-Programms aufbauen, von dem einige Aspekte beibehalten wurden, während auf der anderen Seite auch neue Prioritäten und Ansätze in Betracht gezogen werden.



Das INTERREG-Projekt „ChangeLAB“ versucht, umweltschonende Verbrauchsmuster zu fördern, ohne dadurch die Lebensqualität und den Wohlstand zu verringern.

Ich begrüße diese Kontinuität bei der interregionalen Zusammenarbeit. Es ist wichtig, dass regionale und lokale Behörden auch weiterhin zusammenarbeiten und aus den Erfahrungen des Anderen Nutzen ziehen können. Dies zeigt, dass die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten anerkennen, dass interregionale Zusammenarbeit wirklich dazu beiträgt, die Regionalpolitik zu verbessern. Dies ist umso wichtiger, als die Regionen — mit der richtigen Unterstützung — auf so vielen

Wegen zur Umsetzung der Lissabon- und Göteborg-Ziele beitragen können.

Die Lissabon- und Göteborg-Ziele: die Kernbereiche von INTERREG IVC.

Die Lissabon- und Göteborg-Ziele, die nach den Europäischen Räten, die in diesen Städten 2000 bzw. 2001 stattgefunden hatten, benannt wurden, umfassen eine breit angelegte Strategie zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU sowie zur Erreichung eines nachhaltigen Wachstums. Die Regionen, die wirtschaftliche (Lissabon) und umweltpolitische (Göteborg) Anliegen in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen, können als Schlüsselpartner zur Umsetzung dieser Ziele beitragen.

Zukünftige Aktionen werden sich deshalb auf zwei Schwerpunktbereiche konzentrieren — Innovation und wissensbasierte Wirtschaft sowie Umwelt und Risikoschutz — wobei diese beiden Bereiche in neun Einzelbereiche untergliedert wurden. 55 % der zugewiesenen Fördermittel in Höhe von 321 Millionen werden Schwerpunktbereich 1 (Wirtschaft), 39 % Schwerpunktbereich 2 (Umwelt) zur Verfügung gestellt. Mit den verbleibenden 6 % wird die technische Unterstützung für die Programme bezuschusst. Derzeit befassen sich etwa 75 % aller INTERREG IIIC-Initiativen mit diesen Schwerpunktbereichen.

Im Vergleich zum INTERREG IIIC-Programm, das in vier Verwaltungsregionen unterteilt wurde, verfügt INTERREG IVC über eine Verwaltungsbehörde (Region Nord-Pas de Calais) und ein Gemeinsames Technisches Sekretariat im französischen Lille. Die vier auf ganz Europa verteilten Informationspunkte befinden sich in Rostock (Deutschland), Katowice (Polen), Valencia (Spanien) sowie im Gemeinsamen Technischen Sekretariat in Lille. Sie dienen als Kontaktstellen für die Projekte und Regionen.

Im Rahmen von INTERREG IVC werden zwei Arten von Projekten unterstützt: Regionale Initiativprojekte, die einen Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken in den Mittelpunkt stellen, und Kapitalisierungsprojekte („fast track“-Projekte), bei denen vor allem der Transfer von bewährten Praktiken aus regionalen Netzwerken unterstützt und in die beiden anderen Strukturfonds-Ziele übertragen werden (mainstream-Förderung) soll.

Das Interesse am INTERREG IVC-Programm ist bereits sehr hoch. Das Gemeinsame Technische Sekretariat kann Bewerbern in vielerlei Hinsicht Hilfe leisten, beispielsweise über die Rubrik FAQ (häufig gestellte Fragen) sowie durch Seminare für federführende Partner und individuelle Beratungen. Alle Informationen können von der Internetseite des INTERREG IVC-Programms heruntergeladen werden.

INTERREG IVC

Schwerpunktbereich: Interregionale Zusammenarbeit

EU-Beitrag (EFRE): EUR 321.000.000

Teilnehmende Länder: 27 EU-Mitgliedstaaten, Norwegen, Schweiz

Verwaltungsbehörde: Region Nord-Pas de Calais (Frankreich)

Kontaktadresse: info@interreg4c.net (<http://www.interreg4c.net>)

„Von URBACT I zu URBACT II: ein neues Zeitalter in städtischer Zusammenarbeit und Wissensaustausch“



Anne-Laure Guignard, URBACT-Kommunikationsmanagerin

URBACT wurde von der Europäischen Kommission und 14 Mitgliedstaaten ins Leben gerufen, um den transnationalen Erfahrungsaustausch zwischen den an den Programmen URBAN I und II teilnehmenden Städten zu fördern. Seit dem 1. Mai 2004 können alle Städte der neuen Mitgliedstaaten ebenfalls an dieser Initiative mitwirken, die darauf ausgerichtet ist, die gewonnenen Erkenntnisse zu ermitteln und allen europäischen Städten das einschlägige Wissen zukommen zu lassen.

URBACT I 2002—2006: ein Labor für herausfordernde Gebiete

An URBACT I waren 230 Städte beteiligt, ein Drittel davon aus den neuen Mitgliedstaaten. Das Programm legte den Schwerpunkt auf die Schaffung und Förderung thematischer Netzwerke und Arbeitsgruppen, die sich mit Fragen im Zusammenhang mit städtischer Erneuerung, lokaler Entwicklung, Bürgerschaft sowie mit Jugendthemen befassten.

- **20 thematische Netzwerke:** aufgebaut rund um spezifische Themen in Bezug auf Stadtpolitik, unter

Anwendung eines integrierten Ansatzes, wobei jedes sein eigenes Konzept, die Schlüsselfragen und praktischen Projekte festlegte.

- **8 thematische Arbeitsgruppen:** Diese Arbeitsgruppen brachten für 18 Monate Berufspraktiker, Experten und Forscher zusammen, die sich mit einem bestimmten Thema von besonderer Bedeutung für europäische Städte und für die Prioritäten der Gemeinschaft auseinandersetzten.
- **Wissenstransfer (z. B. Unterstützung für Städteinitiativen):** hauptsächlich für die neuen Mitgliedstaaten bestimmt. In diesem Rahmen wurden teilnehmende Städte im Hinblick auf Fähigkeiten und Kenntnisse von Experten mit Erfahrung in integrierter Stadtpolitik bei der Festlegung und Ausarbeitung integrierter städtischer Strategien unterstützt (43 Städte aus 8 verschiedenen Ländern waren daran beteiligt).
- **Instrumente zur Nutzbarmachung.** Zur Nutzbarmachung sind bestimmte Instrumente und Ressourcen erforderlich, die lokalen Akteuren verfügbar gemacht werden: thematische Dossiers, themenübergreifende Arbeitsgruppen, thematische Konferenzen.



URBAN-II-Forum in Dortmund-Nordstadt, Deutschland.

URBACT II 2007–2013: die neue Herausforderung

Das neue operationelle Programm wurde am 2. Oktober 2007 verabschiedet, und auf der Berliner Konferenz im November wurde URBACT II offiziell auf den Weg gebracht. Die Prioritäten des neuen Programms stehen im Einklang mit den Zielen von Lissabon und Göteborg im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung und mit „Regionen für den wirtschaftlichen Wandel“, der neuen Initiative der Kommission. Zwei thematische Prioritäten wurden festgelegt:

Priorität 1: Städte, Motoren für Wachstum und Beschäftigung

- Förderung des Unternehmertums;
- Förderung der Innovation und der Wissenswirtschaft;
- Beschäftigung und Humankapital.

Priorität 2: Attraktive Städte, welche zur sozialen Kohäsion beitragen

- Integrierte Entwicklung städtischer Problemgebiete;
- soziale Integration;
- das urbane Umfeld.

Dem Programm URBACT II liegt ein breiteres Konzept zugrunde als URBACT I. Es steht allen Städten aus der EU, Norwegen und der Schweiz sowie Regionalbehörden und Hochschulen offen.

Um den Effekt und die Beispielhaftigkeit der Austauschaktivitäten zu verstärken, wird jede Partnerstadt sich dazu verpflichten, mithilfe einer **lokalen Unterstützungsgruppe** einen **lokalen Aktionsplan** auszuarbeiten. Die thematischen Netzwerke und Arbeitsgruppen werden außerdem möglichst viele der für die operationellen Programme zuständigen **Verwaltungsbehörden** einbeziehen. Gegenwärtig läuft ein Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen für den Aufbau thematischer Netzwerke und Arbeitsgruppen.

Ferner sollen Themenpole geschaffen werden, um sicherzustellen, dass das Programm echten Nutzen aus den verfügbaren Informationen zieht. Es ist geplant, nationale Verbreitungsstellen einzurichten und in verschiedenen Mitgliedstaaten regionale Konferenzen abzuhalten, um Informationen zwischen dem Programm URBACT II und lokalen Akteuren weiterzuleiten.

URBACT II

Schwerpunktbereich: transnationaler Austausch zum Thema integrierte Stadtentwicklung

EU-Beitrag (EFRE): EUR 53 319 170

Teilnehmende Länder: 27 EU-Mitgliedstaaten, Norwegen und die Schweiz

Verwaltungsbehörde: Französisches Ministerium für Stadtpolitik

Kontaktadresse: www.urbact.eu



URBAN, Renovierung in Wien, Österreich.

„INTERACT: Förderung von guter Governance in Kooperationsprogrammen“



Sarah Hayes, Leiterin der INTERACT-Verwaltungsbehörde

Das Programm INTERACT (*INTERREG Animation, Cooperation and Transfer*) ist für Einrichtungen und Interessengruppen bestimmt, die für die Verwaltung und Durchführung der Programme für europäische

territoriale Zusammenarbeit zuständig sind. INTERACT stellt während der gesamten Laufzeit des Programms Unterstützung und Beratung bereit, um gute Governance zu fördern.

INTERACT legt den Schwerpunkt auf Verwaltungstechniken, aber auch auf Fragen im Zusammenhang mit strategischer Ausrichtung und auf institutionelle und thematische Netzwerke. Ständig darum bemüht, auf den Standpunkt der Benutzer einzugehen und diese so umfassend wie möglich in die Durchführung des Programms einzubinden, schafft und vertieft INTERACT einen Zyklus des Austauschs — voneinander und gemeinsam lernen, um die territoriale Zusammenarbeit zu intensivieren.

Im neuen Programmplanungszeitraum 2007—2013 werden alle Programme für europäische territoriale Zusammenarbeit vor neuen Herausforderungen stehen und gezwungen sein, sich an das verstärkte Gewicht der nationalen Gesetzgebung anzupassen. Auch werden sich die Programme mehr auf die Agenden von Lissabon und Göteborg konzentrieren müssen. Einige Kooperationsbereiche sind zudem mit der Herausforderung konfrontiert, mit aktuellen

Leistung zu verbessern und Programme durchzuführen, die effizienter auf diese neuen Herausforderungen abgestimmt sind. INTERACT wird weiterhin Produkte und Dienstleistungen zur Unterstützung der an diesem Prozess beteiligten Einrichtungen und Interessengruppen bereitstellen. INTERACT verfolgt vor allem drei Ziele:

- zu einer größeren Effizienz der Programmverwaltung beitragen;
- die Programmdurchführung wirksamer gestalten;
- die Übertragung von Know-how und den Wissensaustausch zwischen Programmen und Teilbereichen vereinfachen.

Um dies zu erreichen, wird INTERACT mit einem neuen, regional ausgerichteten Ansatz arbeiten und Programme über das INTERACT-Sekretariat in Wien in Angriff nehmen. Ferner werden vier INTERACT-Stellen in Valencia (Spanien), Viborg (Dänemark), Wien (Österreich) und Turku (Finnland) regionale Gruppen grenzüberschreitender und transnationaler Programme unterstützen.

Die Schlüsselthemen, denen INTERACT sich widmet, umfassen: Programm- und Finanzverwaltung, Projektverwaltung und Unterstützung, Nutzbarmachung von INTERREG, strategische Programmplanung, Audit und Kontrolle, Beobachtung und Evaluierung, Kommunikation sowie externe Zusammenarbeit.

Im Rahmen des ersten INTERACT-Programms wurden zahlreiche Produkte und Dienstleistungen entwickelt, die das neue Programm für den neuen Programmplanungszeitraum anpassen wird. Mithilfe von Seminaren, Konferenzen, Beratungsdiensten, Handbüchern und Online-Tools wird INTERACT sich darum bemühen, die tägliche Verwaltung von Programmen für europäische territoriale Zusammenarbeit zu vereinfachen und zu erleichtern.

Weitere Informationen und bevorstehende Veranstaltungen:

www.interact-eu.net

INTERACT II

Schwerpunktbereich: Information über europäische territoriale Zusammenarbeit.

EU-Beitrag (EFRE): EUR 34 033 512

Teilnehmende Länder: 27 EU-Mitgliedstaaten, Norwegen, die Schweiz und Nachbarländer

Verwaltungsbehörde: Österreichisches Bundeskanzleramt

Kontaktadresse:
interact@interact-eu.net (www.interact-eu.net)



INTERACT-Seminar in Budapest, Ungarn.

und potenziellen Bewerberländern sowie mit neuen Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten.

Sowohl neue als auch erfahrene Einrichtungen werden innovative Wege suchen müssen, um ihre

„ESPON: die Raumentwicklung in Europa begreifen“



Peter Mehlbye, Leiter der ESPON-Koordinierungsgruppe

Das 2002 gestartete „European Spatial Planning Observation Network“ (ESPON — Beobachtungsnetz für die europäische Raumordnung) ist ein im Rahmen der Strukturfonds durchgeführtes Programm, dessen Aufgabe darin besteht, die Dynamik auf Europas Territorium zu untersuchen. Besonderes Gewicht liegt auf territorialen Strukturen, Trends, Perspektiven und den Auswirkungen der EU-Politik innerhalb der Europäischen Union. Um die Entwicklung politischer Maßnahmen, Wachstum und Arbeitsplatzschaffung zu unterstützen, werden vergleichbare Informationen über Europas Regionen und Städte bereitgestellt.

Um Belege für und Kenntnisse über die Vielfalt in Europa zu sammeln, führte das erste ESPON-Programm eine Reihe von angewandten Forschungsprojekten und Untersuchungen durch. Zur Durchführung von 34 angewandten Forschungsprojekten wurden Verträge mit transnationalen Projektgruppen geschlossen. Über 130 verschiedene europäische Einrichtungen und 600 Forscher nahmen daran teil — eine europäische Wissenschaftsgemeinschaft im Bereich der europäischen Raumentwicklung.

Binnen kurzer Zeit hatte das Programm ESPON bemerkenswertes neues Wissen über Raumentwicklungstrends, den Effekt von EU-Politiken sowie über Entwicklungsmöglichkeiten und potenzielle Entwicklungswege auf Europas Territorium erarbeitet. ESPONs Ergebnisse wurden politischen Entscheidungsträgern, Stakeholdern und anderen an der europäischen Raumordnung interessierten Personen verfügbar gemacht. Daten, Indikatoren und Karten sind auch über die ESPON-Website und in verschiedenen ESPON-Publikationen verfügbar.

Das im Rahmen von ESPON erlangte Wissen wurde auch in politischen Dokumenten verwendet, insbesondere auf europäischer Ebene, und fließt zunehmend in nationale und regionale Entwicklungsstrategien ein. Auch für transnationale und grenzübergreifende Kooperationstätigkeiten hat es sich als nützlich erwiesen. Nach und nach setzt sich die Erkenntnis durch, dass Überlegungen über die Entwicklung von Regionen, Städten und größeren Gebieten eine europäische Perspektive beinhalten müssen.

Das neue Programm ESPON 2013

Das Programm ESPON 2013, das im Januar 2008 starten soll, wird den Fortbestand sichern und gleichzeitig innovative Konzepte zur Festigung eines europäischen Netzwerks zur Beobachtung der Raumentwicklung und Kohäsion einführen.

Seine Aufgabe besteht darin, die Entwicklung politischer Maßnahmen in Bezug auf territorialen Zusammenhalt

und die harmonische Entwicklung des europäischen Territoriums zu unterstützen. Es soll mehrere, von politischen Entscheidungsträgern bestimmte sozioökonomische, ökologische und kulturelle Themen untersuchen. Im Laufe der nächsten sieben Jahre wird es vergleichbare Informationen, Belege, Analysen und Szenarios verfügbar machen und so eine stärker integrierte Analyse der Entwicklung von Regionen, Städten und größeren Gebieten fördern. Dies wiederum wird die Mobilisierung von territorialem Kapital und unzureichend genutztem Potenzial vereinfachen und damit zur Verbesserung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit, des europäischen territorialen Zusammenhalts und der Zusammenarbeit in Europa beitragen.

Gezielte Analyse in Partnerschaft mit Regionen und Städten

Eine Neuheit des Programms ESPON 2013 ist die Einführung gezielter Analysen auf Antrag der Nutzer. Dieser Ansatz fördert einen intensiveren Gebrauch der vorhandenen Ergebnisse in Partnerschaft mit verschiedenen Interessengruppen. Ziel ist es, das Verständnis des breiteren räumlichen Kontexts zu verbessern, Vergleiche mit anderen Gebieten, Regionen und Städten anzustellen und eine neue Entwicklungsdynamik zu schaffen, indem man eine europäische Dimension und europäisches Verständnis in die Überlegungen einfließen lässt.

Weitere Informationen und bevorstehende Veranstaltungen:
<http://www.espon.eu/>

Programm ESPON 2013

Schwerpunktbereich: Beobachtung der europäischen Raumordnung

EU-Beitrag (EFRE): EUR 47 000 000

Teilnehmende Länder: 27 EU-Mitgliedstaaten, Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz

Verwaltungsbehörde: Luxemburger Ministerium für Inneres und Raumentwicklung

Kontakt: info@espon.eu (<http://www.espon.eu/>)



Grundlegend neue Kenntnisse über Raumentwicklungstrends.

INTERREG IVA EMS-DOLLART-REGION

Y4I – Förderung junger Innovatoren



Gesamtkosten: EUR 679 490
EU-Beitrag: EUR 412 665

„Youth for Innovation (Y4I)“ ist ein Pilotprojekt zur Schulung junger Menschen in allen Aspekten der Innovation. Es geht darum, die Innovationskapazität der betroffenen Regionen zu steigern, KMU qualifizierte Arbeitskräfte verfügbar zu machen und sie für die Forschungsregeln auf EU-Ebene zu sensibilisieren. Während der Pilotphase (Oktober 2005 – Juni 2007) wurde Y4I von der Region Weser-Ems (D) in Zusammenarbeit mit Andalusien (E), Lubelskie (PL), Nordkarelien (FIN), der Südägäis (GR) und Oberösterreich (A) durchgeführt. Das Projekt wurde im Rahmen der INTERREG-IIIC-Rahmenoperation „Change on Borders“ finanziert. Die Projektaktivitäten umfassten die Einführung von Innovationslehrplänen in 23 Pilotschulen und Universitäten in den sechs Regionen. Anschließend entwickelten „junge Wissenschaftler“ 52 Miniforschungsprojekte zu praktischen Fragen, die allen Grenzgebieten gemein sind. Y4I wird als grenzübergreifendes Projekt zwischen den Niederlanden und Deutschland fortgesetzt und von der Ems-Dollart-Region (INTERREG IVA) finanziert werden.“

Daniel Kipp, Projektleiter, Europe Direct Oldenburg c/o Dieter Meyer Consulting GmbH
kipp@eurooffice.de
www.y4i.net

INTERREG IIIA OBERRHEIN-MITTE-SÜD

„Dreiländerbrücke“ für Fußgänger und Radfahrer



Gesamtkosten: EUR 8 259 863
EU-Beitrag: EUR 1 680 000

„Durch den Bau der ‚Dreiländerbrücke‘ wurden die deutsche Stadt Weil am Rhein und das französische Huningue, die diesseits und jenseits des Rheins, in der Nähe von Basel in der Schweiz (daher auch ihr Name), liegen, miteinander verbunden. Mit ihren 248 m ist sie die größte selbsttragende Fußgänger- und Radfahrerbrücke der Welt. Sie wurde am 30. März 2007 offiziell eröffnet. Lokale Einwohner von beiden Rheinufern feierten die Eröffnung Ende Juni mit einer zweitägigen ‚Brückenparty‘. Für diese Grenzgemeinschaften ist die Brücke heute ein Symbol der deutsch-französischen Freundschaft, eine Touristenattraktion und — dank ihrer Form, die an einen Regenbogen erinnert — ein Symbol des Friedens.“

Wolfgang Dietz, Bürgermeister der Stadt Weil am Rhein.
Roland Igersheim, Vorsitzender der Communauté de Communes des Trois Frontières.
stadt@weil-am-rhein.de

INTERREG IIIA WALES/IRLAND

Celtic Enterprises: Unternehmergeist im Bildungsbereich



Gesamtkosten: EUR 1 305 549
EU-Beitrag: EUR 962 765

„Das Projekt ‚Celtic Enterprises‘ hat den Unternehmergeist an Schulen in Westwales und Südostirland angeregt, indem es ‚echte Geschäftserfahrungen‘ vermittelt hat. Teams von bis zu 5 Schülern wirkten an der Gründung und Leitung eines ‚echten Unternehmens‘ mit und lernten im Rahmen dieser bis auf sechs Monate angelegten ‚Geschäftsführung‘, welche Fähigkeiten dafür benötigt werden. Erfolgreiche Firmen traten in einem gemeinsamen jährlichen Wales/Irland-Wettbewerb gegeneinander an und organisierten auch geschäftliche Austauschbesuche. Die Schülerinnen und Schüler aller Schulen traten miteinander in Beziehung, beispielsweise mithilfe von Videokonferenzen. Auch die Lehrkräfte erwarben mittels eines maßgeschneiderten Entwicklungsprogramms neue Fähigkeiten für den Unterricht über Unternehmertum. Berufsberater haben Unternehmergeist nun in ihre Beratungsprogramme aufgenommen, und das Projekt hat die Grundlagen für ein koordiniertes, für alle Altersgruppen geeignetes Unternehmensbildungsprogramm an Schulen und Hochschulen gelegt. Jetzt wollen die Partner dieses äußerst erfolgreiche Projekt über Interreg IVA und Interreg IVC an andere EU-Länder übertragen.“

Philip Drakeford, Leiter der Bildungsabteilung, Careers Wales West
philipdrakeford@cwwest.co.uk

INTERREG IIIA LITAUEN/POLEN

VIDEOCOM: grenzüberschreitende Filmschule



Gesamtkosten: EUR 69 160
EU-Beitrag: EUR 51 870

„Das Projekt VIDEOCOM macht Studenten und Arbeitnehmern an den Universitäten von Gdansk, Klaipeda und Olsztyn Ausbildungskurse und Videoausrüstung verfügbar. Insgesamt 36 Teilnehmer werden die Fähigkeiten erwerben, die sie brauchen, um einen Film zu machen. Sie werden lernen, wie man ein Drehbuch schreibt, einen Film dreht und das Material bearbeitet. Im Anschluss an diese Ausbildung werden sie besser verstehen, wie ein Film gemacht wird, was sie dazu anregen sollte, dieses Medium zu nutzen, um für ihre Universitäten, Städte und Regionen zu werben. Im Rahmen des Projekts sollen vier Filme produziert werden: ‚Menschen der Wissenschaft‘, ‚Probleme und Entwicklungsaussichten kleiner Firmen‘, ‚Ökologische Energiequellen‘ und ‚Bauernhöfe für Agrotourismus‘.“

Jerzy Olak, Projektkoordinator, Universität von Warmia und Mazury in Olsztyn
jerzy.olak@uwm.edu.pl

Französisch-belgische territoriale Zusammenarbeit

Die aufgehobene Grenze

Hunderte von Partnerschaften in Bereichen wie Gesundheit, Kultur, Technologie, Umwelt, Bürgerschaft und anderen. Die grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Belgien, von PACTE bis INTERREG IV, hat beeindruckende Erfolge zu verzeichnen.



Ein für alle zugänglicher Kulturtourismus ist eine Priorität für das „Netzwerk der befestigten Städte“.

„Es war wirklich ein hartes Stück Arbeit!“, beteuert Henri Lewalle, zuständig für europäische Angelegenheiten und grenzübergreifende Zusammenarbeit bei der Alliance nationale des Mutualités chrétiennes (Nationaler Bund der christlichen Versicherungen), Belgiens größter Krankenversicherungsorganisation. „Die Gesundheitsversorgung ist ein sehr komplexer und hoch politisierter Bereich“, erklärt er. „Außerdem ist es ein sehr moderner Sektor, der hoch qualifizierte Arbeitskräfte beschäftigt. In diesem Bereich einen Konsens zu erreichen, kann manchmal ein harter Kampf sein, aber es ist die Mühe wert.“

Henri Lewalle könnte stundenlang über die französisch-belgische grenzübergreifende Zusammenarbeit in der Gesundheitsversorgung sprechen, denn er hat dieses Projekt etwa 15 Jahre lang koordiniert. „Ich will ja nicht angeben, aber wir sind mit am weitesten in Europa. Alles begann in den 90er Jahren mit dem Projekt PACTE zwischen dem Hennegau, Nord-Pas-de-Calais und der Picardie und der ersten Phase von INTERREG. Wir haben uns mit unseren französischen Freunden zusammengesetzt und überlegt: „Was könnten wir gemeinsam tun?“ Zunächst dachten wir nicht, dass Gesundheitsversorgung als Sektor in Frage käme, da sie unter die Zuständigkeit der einzelnen Mitgliedstaaten fällt. Doch dann betrachteten wir die Frage unter dem Gesichtspunkt eines grenzübergreifenden Projekts und nahmen uns vor, dafür zu sorgen, dass die Grenzbevölkerung die gleichen Gesundheitsleistungen genießt wie Grenzarbeitnehmer.“



Mit dem Projekt „Mabiolac“ wird versucht, neue biologisch abbaubare Werkstoffe aus Milchsäure herzustellen.

Die französisch-belgische Beobachtungsstelle für Gesundheit

Die französisch-belgische Beobachtungsstelle für Gesundheit war das erste Kooperationsprojekt im Bereich der Gesundheitsversorgung. Ihre ursprüngliche Aufgabe bestand darin, Untersuchungen über die Erbringung von Gesundheitsdienstleistungen in Frankreich und Belgien

durchzuführen. Doch 1992 wurde auf Anstoß von Professor Mouton, einem internationalen Spezialisten für Infektionskrankheiten wie AIDS und SARS, ein Kooperationsprojekt zwischen den Krankenhäusern von Tourcoing und Mouscron — die nur ein paar hundert Meter auseinander liegen, aber durch die Grenze voneinander „getrennt“ sind — gestartet. Im Rahmen des Projekts wurde Personen, die nahe der Grenze leben, die Möglichkeit geboten, das Fachwissen jeder Einrichtung in ihrem jeweiligen Spezialgebiet zu nutzen: AIDS in Tourcoing und chronisches Nierenversagen in Mouscron. 1992 wurde die erste INTERREG-Vereinbarung zwischen den beiden Krankenhäusern unterzeichnet, die noch heute gültig ist: Mouscron führt für 300 belgische und französische Patienten pro Jahr Hämodialysen durch, während Tourcoing 800 AIDS-Patienten behandelt. Weitere Vereinbarungen werden sich mit anderen Pathologien in anderen Teilen der Grenzregion befassen. *„Jede Vereinbarung, die wir schließen, bringt aufgrund der komplementären Natur unserer Arbeit erhebliche Größensparnisse. Gleichzeitig bleiben teure Geräte rentabel, und zwischen den Lieferanten findet eine enge Zusammenarbeit statt“*, hält Henri Lewalle fest. *„Wir wollten mit INTERREG II auf dieser Partnerschaft aufbauen. Im Jahr 1999 haben wir die französisch-belgische Beobachtungsstelle für Gesundheit ins Leben gerufen, einen Zusammenschluss aller einschlägigen regionalen Interessengruppen (wie etwa französische Krankenversicherungsfonds, belgische Versicherungsgesellschaften und Ärzteverbände) in dem Grenzgebiet – insgesamt gibt es 55 Mitgliedseinrichtungen.“*

Die Beobachtungsstelle wurde 2002 unter INTERREG III in eine „europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung“ (EWIV) umgewandelt. Diese Rechtsgrundlage vereinfachte den Abschluss der französisch-belgischen Rahmenvereinbarung über grenzübergreifende Zusammenarbeit in der Gesundheitsversorgung, eine der ersten ihrer Art in Europa, am 30. September 2005. *„Es ist großartig, dass ein INTERREG-Projekt zu einer Vereinbarung zwischen Staaten geführt hat. Besser noch, das war erst der Anfang...“*

Die Beobachtungsstelle ebnete den Weg für andere größere Kooperationsprojekte wie etwa TRANSCARDS, das den 50 000 Bewohnern von Thiérache, einer ländlichen Region diesseits und jenseits der französisch-belgischen Grenze, die Möglichkeit bietet, sich ungeachtet ihrer Nationalität in sieben französischen und belgischen Krankenhäusern behandeln zu lassen. Dieses Projekt gab den Anstoß zur Schaffung „organisierter Zugangszonen für grenzübergreifende Gesundheitsversorgung“ (ZOASTs), die der Bevölkerung in Grenzgebieten erlauben, auf beiden Seiten der Grenze ambulant und im Krankenhaus versorgt zu werden. Dazu benötigen die Patienten keine vorherige medizinische Zustimmung, und um behandelt zu werden, brauchen sie lediglich ihre Krankenversicherungskarte vorzulegen, da die Interoperabilität der Kartenleser für SIS (Belgien) und Vitale (Frankreich) durch entsprechende Software gewährleistet ist. Gegenwärtig werden zwei ZOAST-Programme durchgeführt. Die „ZOAST“ für die Grenzregion zwischen Wallonien und der Spitze der französischen Ardennen deckt einige Enklaven ab, wo es für die Einwohner einfacher ist, Gesundheitsversorgung im Ausland anstatt im eigenen Land in Anspruch zu nehmen: Beispielsweise können sich Patienten in den französischen Bezirken Givet und Fumay im belgischen Dinant behandeln lassen, und zwar unter den gleichen Bedingungen wie in Frankreich. Rund 180 000 Personen machen von diesem System Gebrauch. Eine andere „ZOAST“ deckt die städtischen Gebiete von Mouscron, Tourcoing, Roubaix und Wattrelos ab — unter Teilnahme von vier Krankenhäusern und ungefähr 300 000 Patienten.

„Im Laufe der Zeit und der verschiedenen Phasen von INTERREG sind wir vom Abschluss von Vereinbarungen über spezifische Pathologien (AIDS, Nierenversagen usw.) zur Entwicklung einer Struktur für den Zugang zu organisierter Gesundheitsversorgung (z. B. TRANSCARDS, ZOAST, Notfalldienste usw.) übergegangen. Jetzt wollen wir ein komplettes Angebot an grenzübergreifenden Gesundheitsdienstleistungen für alle Bewohner der Region entwickeln. Dank INTERREG und des europäischen Rechts, das erheblich zur



„Mini-Usines“, ein grenzüberschreitendes Ausbildungsprogramm.

Unterstützung derartiger Vereinbarungen beiträgt, ist dieses Ziel durchaus realistisch.“

Die Wunden der Geschichte heilen

Die Grenze aufzuheben bedeutet auch, sich auf das wertvollste Erbe einer Geschichte zu konzentrieren, von deren Turbulenzen die vielen Überreste von Festungen und anderen Bollwerken zeugen. In diesem Zusammenhang hat das „Netzwerk der befestigten Städte“ — mit erheblicher Unterstützung durch INTERREG — ehemalige Konfliktgebiete in Treffpunkte verwandelt.

„Ursprünglich wollten lokale Interessengruppen in Gravelines Beziehungen mit anderen Festungsstädten in Nachbarregionen Belgiens und des Vereinigten Königreichs, vor allem Westflandern und Kent, aufbauen und so aus dem reichen Erbe an Festungen Nutzen ziehen“, sagt Solange Leclercq, Koordinatorin für die Küste von Nord-Pas-de-Calais (Frankreich). Dieser Wunsch führte dazu, dass 1996 ein Projekt entstand, das zwischen 2000 und 2006 durch INTERREG III verlängert wurde und von drei Partnern geleitet wird: von der Provinz Westflandern (Projektleiter), dem Syndicat mixte de la Côte d'Opale in Frankreich und dem Grafschaftsrat von Kent. Zu Beginn gab es 17 Mitgliedsstätten. Im Jahr 2007 waren es bereits 25. Die im Rahmen dieses Projekts durchgeführten Aktivitäten umfassen grenzübergreifende Unternehmungen und spezifische, von Mitgliedsstätten durchgeführte Initiativen, die durchweg auf die Ziele des Programms ausgerichtet sind. „Die entscheidenden Faktoren in diesem Projekt waren INTERREG-Kredite und die beteiligten Personen: Ohne die Kredite wäre das Projekt zwar möglich gewesen, aber es hätte nicht soviel bewegen können.“ Die Zusammenarbeit zwischen den Ländern war nicht die einzige Herausforderung: „Für uns hier in Frankreich bestand einer der Vorteile von INTERREG darin, dass es Städten und sogar verschiedenen Ämtern innerhalb der gleichen Regierungsorganisation geholfen hat, besser zusammenzuarbeiten.“

Eines der Hauptziele des INTERREG-III-Projekts (ca. 11 218 000 Euro, davon 3 404 000 Euro aus dem EFRE) war die Förderung des Einsatzes neuer Technologien. In Pilotstädten in den drei Regionen wurden verschiedene Audioführungssysteme erprobt, und schließlich wurde ein auf Basis von Mobiltelefonen funktionierendes System — das erstmals in Menen, Flandern, getestet wurde — ausgewählt. Ferner wurden audiogeführte Besichtigungen und eine Website (www.fortifications.org) eingerichtet, um die Reiseführer in jeder Sprache, den dreisprachigen Prospekt und die verschiedenen Druckerzeugnisse zu ergänzen. Eine weitere Priorität besteht darin, möglichst vielen Menschen und insbesondere Behinderten Zugang zu bieten: „Das war der verborgene Teil des Eisbergs, eine gewaltige Aufgabe mit kaum irgendwelchen sichtbaren



3 Fragen an Jean-Pierre Robbeets,

Generalinspektor,
Abteilung Internationale
Beziehungen der Wallonischen
Region

- **Wie beurteilen Sie die fast zwei Jahrzehnte grenzübergreifender Zusammenarbeit zwischen Belgien und Frankreich?**

Ich bin ausgesprochen zufrieden damit, es war sehr aufregend und die verschiedenen Phasen von INTERREG, an denen wir seit 1990 mitgewirkt haben, haben immer sehr gut funktioniert. Aus administrativer Sicht mussten wir beispielsweise nie die Regel für automatische Mittelfreigabe anwenden⁽¹⁾. Am wichtigsten ist, dass eine enorme Zahl von Projekten in allen Bereichen durchgeführt wurde. Viele davon sind aus nachhaltigen Aktivitäten und Partnerschaften hervorgegangen. Natürlich sind in der Grenzregion manche Gebiete offener für Zusammenarbeit als andere.

- **Ist Zusammenarbeit eine Quelle der Innovation?**

Innovation ist entscheidend für den Fortschritt: Grenzen abbauen ist an sich schon eine Innovation! Grenzübergreifende Initiativen wie etwa Technologieaustausch, gemeinsame Fremdenverkehrsämter, Zugang zu Gesundheitsversorgung und grenzüberschreitender öffentlicher Transport sind ebenfalls innovative Ideen.

- **Wie lautet Ihnen zufolge das Rezept für erfolgreiche Zusammenarbeit?**

Am wichtigsten ist die richtige Einstellung: Alle müssen den Wunsch haben, gemeinsam erfolgreich zu sein. Politiker müssen sich für das Projekt einsetzen. Außerdem müssen Sie mit dem administrativen Aufbau Ihrer Partner vertraut sein. Schließlich kommt es auch auf Transparenz und die Einbindung der Bürger an. Nicht, weil es eine nette Geste ist, sondern um sicherzustellen, dass sie Eigenverantwortung für die Projekte übernehmen, und um ihnen gleichzeitig vor Augen zu führen, dass Europa auch auf lokaler Ebene aktiv ist.

(1) Verpflichtung, der Kommission alle Darlehen, die zwei Jahre nach ihrer Gewährung nicht verwendet wurden, zurückzugeben.

Ergebnissen. Es gab keine europäischen Normen in diesem Bereich und wir mussten gemeinsame Kriterien aufstellen. Dazu haben wir jede Mitgliedsstadt unter dem Gesichtspunkt der Zugänglichkeit überprüft, Verbindungen zwischen verschiedenen Ämtern geknüpft und mit Organisationen zusammengearbeitet, die sich speziell mit Behinderungen befassen.“

In der letzten Phase lag der Schwerpunkt auf der Entwicklung von Bildungsinitiativen — die flämische Vereinigung „*Horizon Educatief*“ war die treibende Kraft in diesem Bereich. Auch dieses Stadium brachte seine besonderen Herausforderungen mit sich, die hauptsächlich auf die äußerst zentralisierte Form der Bildung in Frankreich und auf die Tatsache zurückzuführen waren, dass in Flandern nicht die Provinz, sondern die Region für Bildung zuständig ist. Gleichzeitig gab es auch große Erfolge zu verzeichnen, beispielsweise den Jugendtag des europäischen Kulturerbes in Frankreich, der mit dem Programm Tage des europäischen Kulturerbes verknüpft wurde. Der fünfte Jugendtag des europäischen Kulturerbes fand 2007 statt, und in den fünf Jahren seit seinem Start haben 32 550 Kinder von dem Programm profitiert. Diese Initiative gibt es auch in Ostende, Flandern; tatsächlich ist sie schon vor dem Netzwerk entstanden.

Unter dem Gesichtspunkt der Beschäftigung ist die Rolle der „*Integrationsworkshops*“ in Frankreich zu erwähnen. Im Rahmen dieses Programms werden junge Menschen in der Restaurierung der Festungen, einem Bereich, in dem die Personalkosten in der Regel sehr hoch sind, beschäftigt und erhalten entsprechende Zeugnisse. Auch der hohe Grad an wissenschaftlicher Zusammenarbeit zwischen den drei Regionen ist bemerkenswert — sie dient der Restaurierungsarbeit wie auch der Popularisierung. Doch der wichtigste Faktor ist Solange Leclercq zufolge „*die reine Menge an Zeit und Mitteln, die für die Koordinierung erforderlich sind.*“ Diese Meinung teilt auch ihre flämische Kollegin Sophie Muylaert, die auf die Qualität dieser Partnerschaft hinweist: „*Wir hatten auf grenzübergreifender Ebene ein effizientes Team. Wir trafen uns alle zwei Monate und hatten weder gravierende Sprachprobleme noch Unstimmigkeiten über die Aufteilung der Gelder. Wir sind diesbezüglich immer wunderbar miteinander ausgekommen.*“

Im Zeitraum 2007–2013 wird sich vieles ändern: Das langjährige Projekt Netzwerk der befestigten Städte hat seine Früchte getragen und die beteiligten Partner wollen seine Laufzeit nicht offiziell verlängern. Stattdessen planen sie, sich von Festungen auf andere Bereiche zu verlegen. Es könnte die Mitgliedsstädte interessieren, wie andere Projekte sich entwickelt haben, ob sie mit transnationaler Zusammenarbeit (INTERREG III B) wie „*Septentrion: von der befestigten zur nachhaltigen Stadt*“ und „*Crossing the Lines*“ oder mit interregionaler Zusammenarbeit (INTERREG III C) verknüpft sind.

Das MAC's und das MAM

Hornu in der belgischen Provinz Hennegau ist keine befestigte Stadt, aber sie beherbergt einen außerordentlich wichtigen Komplex, der zwischen 1810 und 1830 erbaut wurde: Grand-Hornu, ein einzigartiges Beispiel funktionalen Städtebaus aus dem Beginn des Industriezeitalters. Das im neoklassizistischen Stil errichtete Bauwerk umfasst Werkstätten, Büros und Wohnungen für Arbeitnehmer und Führungskräfte. Mit seinen zahlreichen Bogenwölbungen, Ziergiebeln und halbmondförmigen Fenstern sind die alten Zechegebäude ein wundervoller Rahmen für das MAC's, das Museum für zeitgenössische Kunst der französischsprachigen Gemeinschaft von Belgien, das sich seit 2002 dort befindet. Das MAC's, das einer zerstörten Unterregion zu kulturellem und wirtschaftlichem Aufschwung verhelfen soll, beschäftigt 50 Mitarbeiter und wird jährlich von rund 75 000 Personen besucht.

Das Museum hat von Anfang an auf Zusammenarbeit gesetzt. „Das Programm INTERREG, das zeitgleich mit der Eröffnung des Museums gestartet wurde, war ein Segen für uns“, sagt Julien Foucart, der beim MAC's an dem INTERREG-Projekt arbeitet. „INTERREG hat es uns ermöglicht, eine formelle Partnerschaftvereinbarung mit dem 1983 gegründeten MAM, dem Museum für moderne Kunst von Lille Métropole, abzuschließen. Wir haben vieles gemeinsam: die gleiche regionale Kultur, die gleiche Betriebsstruktur und die gleiche Art von Standort — bemerkenswerte Stätten, die relativ nahe beieinander liegen. Dank INTERREG haben wir umgehend von einem Zustrom französischer Besucher und, was am wichtigsten ist, von der wertvollen Erfahrung des MAM profitiert.“

Das „*Borderline*“-Projekt, das die beiden Museen miteinander verbindet, verfolgt vor allem zwei Ziele: benachteiligte junge Menschen für moderne und zeitgenössische Kunst sensibilisieren und die Mobilität der Museumsbesucher zwischen den beiden Regionen erhöhen. Ihr Kooperationsprojekt umfasste gemeinsame Werbekampagnen und etwa zwanzig Bildungsprojekte. Sie haben auch Sammlungen ausgetauscht und ein Netzwerk („*REZI*“) der wichtigsten kulturellen Interessengruppen in dem INTERREG-Gebiet aufgebaut. Doch der Höhepunkt dieser Partnerschaft kam 2005, als das MAM, das wegen Ausbaurbeiten bis 2009 geschlossen werden musste, dem MAC's seine Sammlungen und einen Teil seiner

Reservesammlung zukommen ließ. „In nur wenigen Jahren haben wir gemeinsam beachtliche Fortschritte gemacht“, sagt Dominique Cominotto, stellvertretender Leiter des MAC's. „Heute haben wir weit mehr als lediglich eine Partnerschaft, es gibt eine echte Integration zwischen unseren Teams. Wir sind wirklich reif geworden.“

An Projekten mit INTERREG IV herrscht kein Mangel — die beiden Museen sind bereit, mit neuen Partnern zusammenzuarbeiten, diesmal mit Schwergewichten ihrer Zunft: Sie knüpfen Beziehungen zum Louvre, das 2008 in Lens eine erste Zweigstelle eröffnen wird, und dem Museum Dr. Guislain in Gent, das auf art brut spezialisiert ist. Viele weitere Vorhaben sind in Planung, darunter das Projekt Navettes de l'Art (Busverkehr zwischen Gent, Lille, Hornu, Lens usw.), das Projekt Musées jardins (Sommeraktivitäten für Familien), die Zusammenlegung der im Besitz der vier Museen befindlichen Dokumente und sogar eine Ausstellung — in einem ehemaligen Zollhaus.



„GoGIS“-Projekt: Entwicklung eines grenzüberschreitenden geografischen Informationssystems.

Nachbarn

„Die INTERREG-Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Belgien funktioniert genauso wie der Tabaksmuggel in früheren Zeiten“, scherzt Didier Tellier, verantwortlich für Information bei der Generaldirektion für Außenbeziehungen der Wallonischen Region, der Verwaltungsbehörde für das INTERREG-IIIa-Programm Frankreich-Wallonien-Flandern (siehe Text im Kasten). „Natürlich haben unsere Kultur und die geografische Nähe all dies erleichtert. Es gibt jedoch noch einen anderen Faktor, der besonders wichtig ist: die Mitwirkung der von dem Projekt betroffenen Personen. Diesbezüglich sollten wir uns vermutlich um bessere Kommunikation bemühen. Mit INTERREG IV wollen wir auf den Strategien früherer Stadien — Lissabon, Göteborg, Forschung, nachhaltige Entwicklung, Kultur und so fort — aufbauen und dafür sorgen, dass wir effizienter mit den Bürgern und den Projektträgern kommunizieren.“

Das letzte Wort hat, völlig zu Recht, einer dieser Projektträger — Jean-Marc Popot, Direktor des Regionalen Zentrums für Innovation und Technologietransfer (CRITT) in Charleville-Mézières, das auf Oberflächenbehandlung spezialisiert ist und an zwei INTERREG-Projekten teilnimmt: „INTERREGs Mehrwert liegt schlicht und einfach darin, dass dieses Programm es uns ermöglicht, mit unseren Nachbarn zusammenzuarbeiten. Vor INTERREG hatten wir keine grenzübergreifende Mentalität. Wir hätten uns in Frankreich, 800 km von Charleville entfernt, nach Talenten umgesehen, obwohl wir sie in Belgien hätten finden können, direkt vor unserer Haustür.“

INTERREG IV Frankreich-Wallonien-Flandern (2007–2013)

Das INTERREG-IV-Programm „Frankreich-Wallonien-Flandern“, mit einem Gesamthaushalt von rund 248,5 Millionen Euro dotiert, von denen etwas mehr als 138 Millionen Euro vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) stammen, hat vier Prioritäten:

- 1) Förderung der Wirtschaftsentwicklung in dem Gebiet durch einen kohärenten und integrierten grenzübergreifenden Ansatz;
- 2) Entwicklung und Förderung der Identität der Grenzregion durch kulturelle Aktivitäten und Tourismus;
- 3) Intensivierung des Gefühls der Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Gebiet durch Verbesserung des Angebots an grenzübergreifenden Dienstleistungen und des Zugangs der Menschen zu diesen Dienstleistungen;
- 4) dynamischere Gestaltung der gemeinsamen Verwaltung des Gebiets, mit einer nachhaltigen, koordinierten und auf die Lebensbedingungen abgestimmten Entwicklung.

Technische Unterstützung für Ausbildungszwecke und Projektumsetzung wird ebenfalls bereitgestellt.

Mit 10,5 Millionen Einwohnern, die in dem 61 604 km² großen Gebiet leben, stellt die von dem Kooperationsprojekt abgedeckte Region 1,84 % der Fläche der Europäischen Union und 2,6 % der EU-Bevölkerung dar.

Das INTERREG-IV-Programm Frankreich-Wallonien-Flandern wurde am 15. November 2007 verabschiedet und wird von der Wallonischen Region (Belgien) geleitet.



Kontakt:

<http://www.interreg-fwvl.org/>

INTERREG IIIB CADSES

CORELOG - COordinated Regional LOGistics



Gesamtkosten: EUR 1 486 600
EU-Beitrag: EUR 957 450

„Das Projekt CORELOG, an dem sechs Mitgliedstaaten teilnehmen, konzentriert sich auf die Entwicklung öffentlicher Politiken in den Bereichen Logistik und Frachttransport. Das Ziel des Projekts besteht darin, die Wettbewerbsfähigkeit von Verarbeitungsunternehmen und Logistik- und Transportfirmen zu verbessern. CORELOG hat acht Laboratorien entwickelt, um Logistiksysteme für Managementkooperation unter Unternehmen und zwischen öffentlichen und privaten Stakeholdern zu untersuchen und zu testen. Diese Laboratorien zeigen, welche Einsparungen sowohl die Unternehmen als auch die Regionalbehörden durch die Förderung und Anwendung neuer Logistiklösungen erzielen können. Sie sind sowohl auf die Nachfrage als auch auf das Angebot an Transport- und Logistikdienstleistungen mit der direkten Beteiligung weiterverarbeitender Unternehmen und Logistikfirmen ausgerichtet, als Grundlage für die Gestaltung künftiger politischer Maßnahmen.“

Paolo Ferrecchi, Lead-Partner, Region Emilia-Romagna.
cosmo@regione.emilia-romagna.it
www.corelog.eu

INTERREG IIIB NORDWESTEUROPA

REVIT: Revitalisierung brachliegender Flächen



Gesamtkosten: EUR 22 597 609
EU-Beitrag: EUR 11 005 616

„In praktisch jeder Stadt in Nordwesteuropa gibt es brachliegende Flächen, die neu erschlossen werden könnten, um die Qualität des urbanen Umfelds zu verbessern. Die Revitalisierung brachliegender Flächen kann auch zur Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten beitragen; sie kann die lokale Wirtschaft ankurbeln, Standorte auf der ‚grünen Wiese‘ erhalten und verhindern, dass unberührter Boden verbraucht wird. Sechs Partner aus vier verschiedenen Ländern haben am Projekt REVIT mitgewirkt. Sie untersuchten gemeinsame Probleme bei der Erschließung brachliegender Flächen, die effizienter in Angriff genommen werden mussten. Die Teams befassten sich insbesondere mit den folgenden Aspekten: Instrumente zur Revitalisierung brachliegender Flächen und Methoden, die die Gemeinschaft zur Mitwirkung anregen; neue Finanzierungsmöglichkeiten; Modelle für öffentlich-private Partnerschaften und Marketingkonzepte im Kontext der Erschließung brachliegender Flächen; multifunktionale Entwicklung, Erhaltung und intelligente Nutzung des industriellen Erbes. Nicht zuletzt ging es auch darum, Umweltschäden ein Ende zu machen und Naturvermögen zu schützen.“

Thomas Zügel, Lead-Partner, Stadt Stuttgart,
 Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung
thomas.zuegel@stuttgart.de

INTERREG IIIC OST

RegEnergy: die steigende Energienachfrage erfüllen



Gesamtkosten: EUR 1 466 234
EU-Beitrag: EUR 989 443

„RegEnergy hat ein europaweites Netzwerk mit 18 Partnern aus zehn EU-Ländern und Russland aufgebaut. Diese Partner haben ihre Kräfte vereint, um Kenntnisse und Informationen über die Reform und Verwaltung des Energiesektors auszutauschen. Zu den Mitgliedern des Netzwerks gehören nationale, regionale und lokale Interessengruppen. Das Projekt zielt darauf ab, eine umweltfreundliche und erschwingliche Energieversorgung in Europa zu fördern, den Energiesektor zu verbessern und umzustrukturieren und Energieeffizienz zu fördern. Es liefert Informationen über die Finanzinstrumente und die lokalen Maßnahmen zur Unterstützung des rationellen Energieverbrauchs und hilft Europas Regionen und Gemeinschaften, die Herausforderungen der steigenden Energienachfrage durch den Austausch von Wissen über innovative Best-Practice-Beispiele im Bereich erneuerbarer Energien zu bewältigen.“

Julia Jesson, Projektkoordinatorin
julia.jesson@gtz.de
www.reg-energy.de

INTERREG IIIC SÜD & WEST

CoPraNet: integriertes Küstenzonenmanagement



Gesamtkosten: EUR 1 855 740
EU-Beitrag: EUR 1 151 205

„Das Projekt CoPraNet sollte mithilfe, ein Netzwerk von auf Küsten spezialisierten Berufspraktikern aufzubauen und die Kluft zwischen Planern, Managern und der Forschungsgemeinschaft in Europa zu überbrücken. Dieses Ziel sollte durch die Unterstützung des interregionalen Austauschs von Informationen über bewährte Praktiken in Bezug auf Küstenmanagement und durch die Verbesserung der Umsetzung des integrierten Küstenzonenmanagements (IKZM) in Europa erreicht werden. Die 21 europäischen Projektpartner erarbeiteten einen leicht verständlichen und mehrsprachigen Leitfaden für Strandmanagement und bauten eine webbasierte IKZM-Datenbank auf, die mehr als 158 Fallstudien und 167 Projekte in ganz Europa enthält. Ferner wurde eine beträchtliche Zahl von Informationsprodukten in mehreren Sprachen produziert und verteilt. Ein weiteres wichtiges Ergebnis des Projekts war ‚QualityCoast‘, ein Programm für touristische Küstenziele, das darauf ausgelegt ist, Touristen und Besucher zu informieren und die Kommunalbehörden in die Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus in ihren Gebieten einzubinden. ‚QualityCoast‘ wurde in Portugal in Zusammenarbeit mit Kommunalbehörden getestet.“

Margarida Nunes, Regionale Kommission des portugiesischen Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und regionale Entwicklung (CCDR/MAOTDR)
margarida.nunes@ccdr.pt

Konferenz „Telling the Story“ untersucht innovative Wege zur Vermittlung der Kohäsionspolitik

Am 26. und 27. November 2007 kamen mehr als 450 Personen aus ganz Europa in Brüssel zu einer Konferenz mit dem Titel „Telling the story: Communicating Cohesion Policy together“ zusammen.



Die Teilnehmer umfassten in erster Linie die Personen, die auf regionaler oder nationaler Ebene für die Information und Publizität für die Interventionen der Strukturfonds zuständig sind. Ferner war dies das erste offizielle Treffen der aus Beamten zusammengesetzten INFORM-Koordinierungsgruppe, die in den neuen Rechtsvorschriften vorgesehen ist. Organisiert wurde diese Veranstaltung, die von Kommissarin Danuta Hübner (Regionalpolitik), Kommissar Vladimír Špidla (Beschäftigung und Soziales) und Dirk Ahner (Generaldirektor für Regionalpolitik) eröffnet wurde, von der Generaldirektion Regionalpolitik in Zusammenarbeit mit der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit und der Generaldirektion Kommunikation.

Das Ziel der Konferenz bestand darin, eine Bilanz der Umsetzung der neuen Informations- und Kommunikationsanforderungen für den Programmplanungszeitraum 2007–2013 zu ziehen. Der Schwerpunkt lag vor allem auf dem Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken in Bezug auf praktische Themen, beispielsweise die Vorbereitung von Kommunikationsplänen, die Gestaltung benutzerfreundlicher Websites, bessere Zusammenarbeit mit den Medien und den Kommissionsvertretungen in den Mitgliedstaaten und nicht zuletzt die Frage, wie sich der Erfolg dieser Aktivitäten messen lässt (siehe auch Magazin Panorama Nr. 21 von Dezember 2006).

Sichtbarer Nutzen

Kommissarin Hübner eröffnete die Konferenz mit den Worten: „Diese Konferenz bildet den Auftakt zu einem neuen Zeitalter der gemeinsamen Vermittlung der Erfolge der Kohäsionspolitik. Es gibt mittlerweile eine überwältigende Zahl ermutigender Berichte über den praktischen Nutzen der Kohäsionspolitik aus allen Regionen Europas. Die Beteiligung der Bürger vor Ort stärkt deren Sinn für politische Teilhabe, indem Diskussionen angeregt und ein Forum für ihre Anliegen geschaffen wird. Für die Bürger wird durch die Kohäsionspolitik in vielen Regionen der Nutzen der EU-Mitgliedschaft am sichtbarsten und dies bietet uns maßgeschneiderte Gelegenheiten, ihnen das Thema ‚Europa‘ näher zu bringen.“

Kommissar Špidla fügte hinzu: „Durch diese Fonds helfen wir den Menschen bei der Bewältigung der Veränderungen, die wir um uns herum beobachten und mit denen wir konfrontiert sind. Wenn wir in die Zukunft der Menschen investieren, hat dies wirklichen Einfluss auf ihren gelebten Alltag. Die Fonds stehen nicht nur für eine gute Wirtschaftspolitik, sondern auch für das soziale Gesicht Europas.“

Im Anschluss an die Plenarsitzung wurden sechs thematische Workshops abgehalten. Der erste Workshop war der Organisation von Kommunikationsaktivitäten gewidmet, die mit der Ausarbeitung eines Kommunikationsplans beginnt. Ondrej Stefek aus

der Tschechischen Republik erklärte, wie die Behörden in seinem Land auf Basis der Evaluierungsergebnisse einen Kommunikationsplan entwickeln. Judit Szucs von der nationalen Entwicklungsagentur in Ungarn sprach über ihre Kommunikationsstrategie für die nächsten sieben Jahre. Vasilije Kujacic von DIACT in Frankreich beschrieb den erneuerten und verstärkten französischen Ansatz zur Kommunikation über die Kohäsionspolitik.

Mehrere Experten gaben Tipps, wie man den Empfängern bei ihren Kommunikationsaktivitäten helfen kann. Eine interessante Idee wurde von Richard Holmes, vom Government Office for Yorkshire and the Humber im Vereinigten Königreich, vorgetragen, der über Medienschulungskurse für Empfänger aus dem Freiwilligen- und Gemeinschaftssektor sprach, die sich als preiswert, aber äußerst effizient erwiesen haben.

Die Öffentlichkeit über die Ergebnisse der Kohäsionspolitik zu informieren, ist ebenfalls von entscheidender Bedeutung. Redner aus Estland, Andalusien, Polen und Frankreich erklärten, welche Maßnahmen sie diesbezüglich durchführen. Häufig kommen dabei kurze, humorvolle Videoclips zum Einsatz.

Networking

Ein wichtiges Ziel der Konferenz war die Förderung von Networking unter den Teilnehmern. Diese wurden im Laufe der Konferenz mehrfach dazu ermuntert, und zwar an mehreren eignes zu diesem Zweck aufgebauten „Networking-Ecken“ — eine neue Einrichtung, die erstmals von der GD REGIO organisiert wurde. Die Teilnehmer hatten Gelegenheit, im Zusammenhang mit einer Reihe spezifischer Fragen informell mit Experten und ihren Kollegen aus anderen Ländern zusammenzukommen.

Während der Nachmittagssitzung wurde dem Thema Transparenz besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Aufgrund der wachsenden öffentlichen Forderung nach mehr Transparenz bei der Verwendung von EU-Geldern gibt es nun eine neue Rechtsvorschrift, nach der die Mitgliedstaaten eine komplette Liste der Empfänger veröffentlichen müssen. Dies wird im neuen Zeitraum als eine der wichtigsten Aufgaben im Bereich von Information und Publizität betrachtet. Auf einem der Workshops wurden mehrere ausgezeichnete Beispiele vorgestellt und erläutert. Lettland veröffentlicht seit 2004 alle Projektempfänger, und in einigen Regionen Schwedens gibt es internetbasierte Anwendungen, die Zugang zu Daten über Projekte und Empfänger bieten. Für INTERREG-Programme, die grenzübergreifende Kommunikation beinhalten, sind Transparenz und voller Zugang zu Informationen bereits seit dem vorigen Programmplanungszeitraum vorgeschrieben.

Ein anderer Workshop befasste sich mit verschiedenen Wegen, eine Geschichte so zu erzählen, dass sie für die Medien interessant wird. In einem dritten Workshop ging es um die Lehren, die man aus webbasierter Kommunikation — die sich zu einem immer wichtigeren Kommunikationsinstrument im Bereich der Kohäsionspolitik entwickelt — ziehen kann. Während eines Konferenzempfangs, der in „Les Salons de l'Atalaide“, einem schönen Herrenhaus aus dem Jahr 1888, organisiert wurde, setzte sich das Networking auf informellere Weise fort. Claus Sørensen, Generaldirektor für Kommunikation, begrüßte alle Teilnehmer und legte seine Ansicht über die Arbeit im Bereich der Kommunikation dar.

Am Dienstag ging es in den Workshops um Networking auf verschiedenen Ebenen. Dies beinhaltete die regionale Ebene, zu der sich Anna Maria Linsalata aus Emilia-Romagna in Italien äußerte, die nationale Ebene, wo James Richie über



Vladimír Špidla, Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit, Danuta Hübner, Kommissarin für Regionalpolitik, Dirk Ahner, Generaldirektor, Generaldirektion für Regionalpolitik.

seine Erfahrung mit Networking im Zusammenhang mit dem ESF im Vereinigten Königreich sprach, und auch die Gemeinschaftsebene. Sonja Seiser aus dem Burgenland in Österreich beschrieb ihre Networking-Erfahrung innerhalb des informellen Informationsteams Strukturfonds, die unter anderem dazu führte, dass eine Idee für ein Kinderspiel aus Andalusien an die Region Burgenland übertragen wurde.

Andere Workshops unterstrichen die Rolle, welche die Kommissionsvertretungen in Informationsaktivitäten zur Kohäsionspolitik spielen können, vor allem durch die Verknüpfung von Wissen über regionale Medien mit den Kommunikationsplänen und der Arbeit von Beamten der Verwaltungsbehörden. Europe-Direct-Büros können ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Information der Öffentlichkeit über Kohäsionspolitik spielen, wie Niels Christian Andersen aus Bornholm in Dänemark, Barbara Kerner aus dem Bezirk Baranya/Pecs in Ungarn und Claire Sarda Verges aus Languedoc Roussillon in Frankreich erklärten.

Kommissarin Hübner schloss die Konferenz mit dem Hinweis, dass die allgemeinen Ergebnisse der operationellen Programme ebenfalls vermittelt werden müssen. „Es ist in allen Stadien entscheidend, die Rolle der Europäischen Union in dem Prozess hervorzuheben — in der Entwicklung von Ideen und bei der Finanzierung“. Ferner versicherte sie den Teilnehmern, dass sie zusammen mit ihren Kollegen in der Direktion Regionalpolitik bereit sei, die Kommunikationsbeauftragten bei ihren Bemühungen zu unterstützen.

Alle Reden und Vorträge können von der unten stehenden Website heruntergeladen werden. Das Protokoll der Konferenz wird Anfang 2008 veröffentlicht.

Konferenz-Website:

http://ec.europa.eu/regional_policy/country/commu/conferences/november07/index_en.cfm

REGIO und Netzwerke

Prioritäten der Europäischen Kommission für 2008

Die Europäische Kommission hat vor kurzem ihr Arbeitsprogramm für 2008 verabschiedet. Im Laufe des nächsten Jahres wird sich die Kommission weiterhin darauf konzentrieren, Ergebnisse im Hinblick auf die vier zu Beginn ihrer Amtszeit festgelegten strategischen Ziele — Wohlstand, Solidarität, Sicherheit und Freiheit sowie außenpolitische Verantwortung — zu erreichen. Die spezifischen Prioritäten für 2008 in diesem Rahmen umfassen: Wachstum und Arbeitsplätze, ein nachhaltiges Europa, ein integrierter Ansatz zur Einwanderung, Vorrang für Bürger und Europa als Weltpartner.

http://ec.europa.eu/atwork/programmes/index_de.htm

Rückblick auf die OPEN DAYS 2007

Der endgültige Evaluierungsbericht der OPEN DAYS 2007 wurde im November veröffentlicht. Er fasst die Ergebnisse von fünf Online-Erhebungen zusammen, die von Teilnehmern, Veranstaltungspartnern, Rednern/Vorsitzenden, Journalisten und lokalen Veranstaltern ausgefüllt wurden. Insgesamt wurden 1161 Fragebögen (19,4 % der gesamten Teilnehmerzahl) ausgewertet. Die vier signifikantesten Ergebnisse waren: (1) die Qualität der Veranstaltung wurde von 90,3 % der Teilnehmer, 97,5 % der Redner/Vorsitzenden, 98 % der Journalisten und 100 % der lokalen Organisatoren als „hervorragend“ oder „gut“ bewertet; (2) 92 % (Teilnehmer) und 95 % (Redner/Vorsitzende) sagten, sie würden 2008 wiederkommen; (3) vor allem wurde empfohlen, „weniger, aber gezieltere Seminare“ zu organisieren; (4) was die Themen für 2008 anbelangt, wurden die Folgenden sowohl von Partnern als auch von Rednern am häufigsten genannt: F&E/Innovation; Zusammenarbeit; nachhaltige Entwicklung/Klimawandel; neue Vorschriften des Vertrags/territorialer Zusammenhalt. Die nächsten OPEN DAYS finden zwischen dem 6. und 9. Oktober 2008 statt.

http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/od2007/index.cfm

Jahresberichte zur Regionalpolitik 2006

Die Europäische Kommission hat vor kurzem drei Jahresberichte für 2006 veröffentlicht, und zwar über die Strukturfonds, den Kohäsionsfonds und das strukturpolitische Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt (ISPA). Der Bericht untersucht die Haushaltsumsetzung, die Art, auf die Programme durchgeführt wurden, und die wichtigsten während des Jahres verabschiedeten Projekte.

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/repord_de.htm

Europäische Initiative für Kleinstkredite

Im November 2007 verabschiedete die Europäische Kommission eine Mitteilung, um den Gebrauch von Kleinstkrediten in Europa zu fördern. Diese Finanzierungsmethode ist für kleine Unternehmen, Arbeitslose und diejenigen Personen bestimmt, die in der Regel keinen Zugang zu Bankdarlehen haben. Kleinstkredite könnten solchen Zielgruppen die Gründung einer eigenen Firma und die Existenz als Selbstständige erleichtern. Ferner könnten sie bewirken, dass in Europa zusätzlich 6,1 Milliarden Euro investiert werden. Die Kommission schlägt vor, einen europäischen Fonds einzurichten, der die Entwicklung von Einrichtungen für Mikrofinanzierung fördern soll.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1713&format=HTML&ag=ed=0&language=EN&guiLanguage=en>

Termine REGIO

Datum	Veranstaltung	Ort
25.—26. Februar 2008	Konferenz Regionen für den wirtschaftlichen Wandel "Regions learning from one another" http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperation/interregional/ecochange/index_en.cfm	Brüssel (B)
11.—14. März 2008	Wiener EASY-ECO-Konferenz 2008 «Governance by Evaluation: Institutional Capacities and Learning for Sustainable Development» http://www.easy-eco.eu	Wien (A)
6. und 9. Oktober 2008	OPEN DAYS 2008 – Europäische Woche der Regionen und Städte http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/od2007/index.cfm	Brüssel (B)

Neueste Veröffentlichungen

Wachsende Regionen, wachsendes Europa



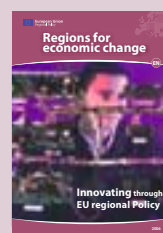
http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/cohesion4/index_de.htm
Vierter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt. Liegt in 22 Sprachen vor.

Regionen für den wirtschaftlichen Wandel – Förderung der Wettbewerbsfähigkeit durch innovative Technologien und Produkte und durch funktionierende Gemeinschaften



http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperation/interregional/ecochange/documents_en.cfm?nmenu=2
Liegt in 19 Sprachen vor.

Regionen für den wirtschaftlichen Wandel – Innovation durch Regionalpolitik der EU



Die Herausforderungen für Forschung und Innovation im Zeitraum 2007–2013, geschildert anhand 15 derzeit laufender Projekte.
http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperation/interregional/ecochange/documents_en.cfm?nmenu=2
Liegt in 19 Sprachen vor.

Die städtische Dimension der Gemeinschaftspolitik



Die Stadtpolitik der EU im Programmplanungszeitraum 2007–2013.
http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/guides/urban/pdf/urbanguide1_de.pdf
Liegt in DE, EN und FR vor.

Kohäsionspolitik 2007–13 – Kommentare und offizielle Texte



http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/regulation/pdf/2007/publications/guide2007_en.pdf
Liegt in 21 Sprachen vor.

<http://talesfromtheborderlands.blogspot.com/>

Der Blog „Tales from the Borderlands“ ist grenzübergreifenden Kooperationsprogrammen gewidmet. Diese virtuelle Plattform dient zum Austausch von Informationen, Ideen, Erfahrungen und Dokumenten im Zusammenhang mit Grenzregionen und Kooperationsprogrammen. Bei Letzteren handelt es sich um Programme, die im Rahmen von INTERREG und des neuen, von den Strukturfonds finanzierten Ziels Europäische territoriale Zusammenarbeit durchgeführt wurden.



<http://www.aebr.net/>

Die Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen (AGEG) ist die einzige Regionalorganisation Europas, die sich speziell mit grenzübergreifenden Fragen befasst. Die Arbeitsgemeinschaft vertritt die Interessen von 90 Grenz- und grenzübergreifenden Regionen auf europäischer und nationaler Ebene. Ihre Aktivitäten umfassen die Vorlage von Vorschlägen, Networking mit den europäischen Einrichtungen, Organisationen und Netzwerken und die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Regionalorganisationen. Eine dreisprachige Website (in Englisch, Französisch und Deutsch) gibt einen Überblick über die Aktivitäten der AGEG und informiert über Veranstaltungen von Interesse für grenzüberschreitende Zusammenarbeit und regionale Entwicklung.



<http://errin.eu/en/>

Das Forschungs- und Innovationsnetzwerk der europäischen Regionen (ERRIN) wurde aufgebaut, um regionalen Akteuren zu helfen, umfassend und effizient am europäischen Forschungsraum teilzuhaben. Von April 2004 bis März 2006 wurde ERRIN von der Generaldirektion Forschung der Kommission im Rahmen der Pilotaktion Wissensorientierte Regionen unterstützt. Seit Januar 2007 trägt sich das Netzwerk selbst. Es wächst ständig und hat derzeit 53 Mitglieder, durchweg regionale Akteure. Seine Website ist darauf ausgelegt, die fünf wichtigsten Ziele von ERRIN voranzubringen: Wissensaustausch auf EU-Ebene, interregionaler Austausch, Entwicklung von Berufspraktikern, Politik und thematische Entwicklungen.



<http://www.eucc.net>

Die Vereinigung „Eucc — Die Küstenunion“ hat eine Mitgliedschaft von rund 2700 Organisationen in 40 Ländern. Sie wurde 1989 gegründet, um die Kluft zwischen Wissenschaftlern, Umweltexperten, Bauleitern, Planern und politischen Entscheidungsträgern zu überbrücken und so einen Beitrag zur Küstenerhaltung zu leisten, und hat sich seither zu Europas größtem Netzwerk von Berufspraktikern und Fachleuten im Bereich Küste entwickelt. Die Eucc hat die Aufgabe, ein Küsten- und Meeresmanagement zu fördern, das der Erhaltung der biologischen Vielfalt Rechnung trägt. Sie fordert nachhaltige Entwicklung, die die Unversehrtheit der Landschaften, das kulturelle Erbe und das soziale Gefüge der Küstengebiete bewahrt und gleichzeitig die Auswirkungen des Klimawandels berücksichtigt.



Inforegio-Website: die wichtigsten Seiten in 22 Sprachen zugänglich

„Die Politik“ und „Die Mittel“ sind die beiden ersten Rubriken unserer neuen Website (mit ihren jeweiligen Unterrubriken), die ab sofort in 22 Sprachen verfügbar sind. Die Besucher können in den Sprachen der 27 Mitgliedstaaten ausführliche Informationen über die Geschichte, die großen Ziele und die Schlüsselemente der Regionalpolitik im Zeitraum 2007–2013 lesen.

http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.htm

Europäische Kommission, Generaldirektion „Regionalpolitik“
Referat 01 – „Information und Kommunikation“
Ana-Paula Laissy
41, avenue de Tervuren, B-1040 Brüssel
Fax: +32 2 296 60 03
E-mail: regio-info@ec.europa.eu
Internet: http://ec.europa.eu/comm/dgs/regional_policy/index_fr.htm
Informationen über die Regionalbeihilfen der Europäischen Union
http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.htm

ISSN 1608-3881

© Europäische Gemeinschaften, 2007
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet

Printed in Belgium

AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN
DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN
L-2985 Luxemburg



Amt für Veröffentlichungen
Publications.europa.eu